

pro.fem*

Broschüre für sexuelle
Selbstbestimmung, Vielfalt
und Gendergerechtigkeit



Antifeminismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit sind nach wie vor weitverbreitete menschenfeindliche Einstellungen und Strukturen, die in ihren Konsequenzen gewalttätig und exkludierend sind. In einer demokratischen Gesellschaft müssen diese durch Bildung und Praxis zurückgedrängt werden. Noch zu häufig werden sie aber nur am Rande thematisiert, obwohl solche Einstellungen und Strukturen einen Großteil der Bevölkerung betreffen. Hinzu kommt, dass sie als Kitt rechter Ideologie und Handlungen dienen. Ob es extrem rechte oder rechtspopulistische Strukturen, Parteien oder Einzelpersonen sind, einig sind sie sich in ihrem Hass auf alles, was das scheinbar „Normale“ der Mehrheitsgesellschaft in Frage stellt: die Gleichstellung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, das Einfordern von gleichen Löhnen, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und einen selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper. Diese Auseinandersetzungen sind nicht neu: Feminismus als eine treibende Kraft für Geschlechtergerechtigkeit und Mitbestimmung muss sich seit seinem Entstehen massiven Angriffen erwehren – nicht nur von rechts.

Unsere Broschüre möchte über Phänomene des Antifeminismus aufklären sowie Wissen und Handlungsmöglichkeiten bieten, um sich aktiv für eine plurale und vielfältige Gesellschaft einzusetzen.

Die Herausgeber*innen im Dezember 2022



I. Was ist Antifeminismus?	Seite 5		
II. Geschlechter- und Familienordnung	Seite 8	VII. Antifeminismus als Scharnier	Seite 29
INTERVIEW mit <i>read</i>	Seite 10	INTERVIEW mit <i>Hamburg vernetzt gegen Rechts</i>	Seite 32
III. Schwangerschaftsabbruch. Reproduktion als Kampffeld antifeministischer Bestrebungen	Seite 13	VIII. Ein kurzer Abriss feministischer Geschichte	Seite 34
INTERVIEW mit <i>Prochoice</i>	Seite 16	INTERVIEW mit der <i>Queeren Vernetzung</i>	Seite 38
IV. Internationale Männerrechtsnetzwerke	Seite 18	Die Autor*innen	Seite 41
V. Antisexistische Nationalist*innen?!	Seite 21	Tipps zum Umgang mit Antifeminismus	Seite 42
VI. Antifeminismus gegen vielfältige Sexualpädagogik & queere Lebensweisen	Seite 23	Glossar	Seite 44
INTERVIEW mit dem <i>Familienplanungszentrum e.V.</i>	Seite 26	Literatur & Links	Seite 47

Entwicklungen rund um Geschlecht und Sexualität sind seit jeher umkämpft. Einerseits werden feministische und queere Errungenschaften wie die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare und die geplante Abschaffung des §219a erkämpft, damit stehen bessere Zugänge zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche bereit. Andererseits regen sich gegen ebenjene Entwicklungen deutliche Widerstände und es gibt große Verharrungskräfte, wie etwa den noch immer geltenden Paragraphen 218, der Schwangerschaftsabbrüche weiterhin kriminalisiert. Diesbezüglich lässt sich von antifeministischen Entwicklungen und Kontinuitäten sprechen. Denn Antifeminismus dient als Werkzeug, um gesellschaftliche Liberalisierungen zu verhindern und konservative bis reaktionäre Geschlechterbilder (wieder-)herzustellen und ist gesellschaftlich breit anschlussfähig.⁰¹ Die weitverbreitete antifeministische Grundhaltung führt zu verschiedenen Auswirkungen und Äußerungsformen. Diese äußern sich etwa in der Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen [dazu mehr im Kapitel III] und der Diskriminierung und Anfeindung queerer Personen. In zugespitzter Form hat Antifeminismus bei verschiedenen rechten Terroranschlägen bereits als Teilmotiv fungiert. Im Folgenden führen wir genauer aus, wie sich Antifeminismus historisch entwickelte und was wir unter dem Begriff verstehen.

Geschichte des Antifeminismus
Der Begriff Antifeminismus wurde maßgeblich von der feministischen Publizistin Hedwig Dohm in dem 1902 erschienenen Buch *Die Antife-*

ministin. Ein Buch der Verteidigung in Anlehnung an den Begriff *Antisemitismus* geprägt. Sie beschreibt mit dem Begriff die gesellschaftlich weit verbreitete Abwehr der aufkommenden Frauenbewegung insbesondere ab Ende des 19. Jahrhunderts. Berufsverbände wehrten sich zunächst gegen die Frauenerwerbsarbeit aus Sorge vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Als zentrale Orte des Antifeminismus können außerdem deutschnationale und völkische Gruppen gesehen werden. Diese verknüpften antifeministisches, mit völkischem und eugenischem Denken und forderten unter anderem die Musterung der Frau vor der Ehe unter rassenhygienischen Aspekten. Aus diesen Milieus gründete sich auch 1908 der *Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation*, dessen Mitglieder zu einem Viertel Frauen waren. Sein Motto lautete: „Dem Mann der Staat, der Frau die Familie“. Das Hauptziel des Bundes war, das seitens der Frauenbewegung geforderte Frauenwahlrecht zu verhindern. Als dieses in der Weimarer Republik schließlich eingeführt wurde, löste sich der Bund auf und gründete sich mit einem nun völkischen und antisemitischen Fokus als *Bund zur Volkserneuerung* neu. Die Historikerin Ute Planert macht hier personelle Überschneidungen zu Antisemit*innen in der Weimarer Republik und späteren Nationalsozialist*innen aus und beschreibt Antifeminismus daher als „protofaschistische Bewegung“⁰².

Dass Antifeminismus nicht allein als Gegenbewegung zu Feminismus zu verstehen ist, sondern eine eigenständige Ideologie darstellt, die das hierarchische Geschlech-

terverhältnis herstellt und absichert, ergibt sich auch aus der Betrachtung der Zeit nach der Shoah. Hier waren die Geschlechterverhältnisse in Deutschland in einem potentiellen Umbruch, wurden jedoch durch antifeministische Gesetzgebungen und Verharrungskräfte wieder hergestellt. In der direkten Zeit nach 1945 wurden durch verschiedene Gesetze sowohl der vermeintlich private als auch der öffentliche Bereich und insbesondere die Erwerbsarbeit geschlechterhierarchisch strukturiert. Frauen arbeiteten häufig in klassischen Männerberufen und lebten oft mit weiteren Frauen in „Frauen-Wohngemeinschaften“. Einige engagierten sich in antifaschistischen Frauenausschüssen. Die Nachkriegszeit hatte also durchaus ein großes „Neuordnungspotential“, das sich jedoch – bzgl. der Geschlechterverhältnisse – kaum entwickelte.

Ein Grund hierfür liegt etwa in Gesetzen, die verhinderten, dass Frauen, die in der Nachkriegszeit oftmals im Baugewerbe tätig waren, eine höhere Qualifikation erlangen konnten, etwa als Meisterin. Häufig wurde dies mit einer vermeintlichen körperlichen Schwäche von Frauen und daraus abgeleiteten Schutzmaßnahmen argumentiert. Diese galten jedoch nicht im Bereich der Pflege, in dem es kein Problem schien, wenn körperlich äußerst schwere Tätigkeiten von Frauen geleistet wurden. Darüber hinaus gab es Gesetze, die festlegten, dass Frauen nur solange in als männlich geltenden Berufen tätig sein konnten, bis der Arbeitsplatz wieder von einem etwa aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten Mann beansprucht wurde.

Das enge Geschlechter- und Familienbild wurde auch durch den sog. „Kuppeleiparagrafen“, der es Unverheirateten verbot bei einander zu übernachten, oder das bis 1958 geltende Letztentscheidungsrecht des Ehemanns in Erziehungsfragen abgesichert.

Als es im Zuge der 1968er zu feministischen Aufbrüchen kam, wurden diese größtenteils stark bekämpft. Dies wird etwa deutlich anhand der Erfahrungen linker Aktivistinnen im *Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)*, die stets an der Seite der Männer gegen Unterdrückung kämpften (sollten), jedoch vehemente Ablehnung erfuhren, als sie gegen ihre eigene gesellschaftliche Unterdrückung aufbegehren.⁰³ Ähnliche Erfahrungen machten später Feministinnen, die gegen Gewaltverhältnisse in linken, aber auch gesamtgesellschaftlichen Strukturen aufbegehren und nicht die Gewaltausübenden, sondern sie als Anklagende der Gewalt, Ablehnung und Vorwürfe erlebten.

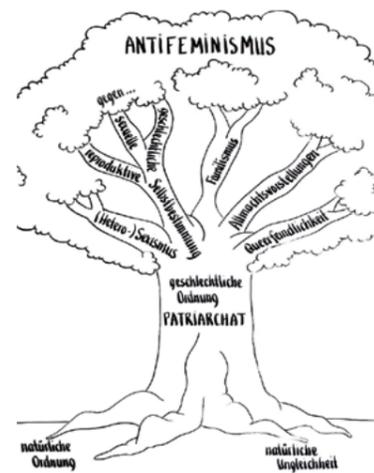
Anhand weiterer Forschungsarbeiten etwa zu migrantischem Feminismus und jüdischen Frauen, wird die Komplexität und Vielschichtigkeit feministischen Aufbegehrens gegen antifeministische Strukturen deutlich. Denn auch innerhalb feministischer Bewegungen zeigen sich intersektionale Betroffenheiten und diskriminierende Ausschlüsse sowie Abgrenzungen, wenn etwa in den 1980ern auf migrantische Kritik an (rassistischen) Ausschlüssen in der Frauenbewegung abwehrend reagiert wurde.⁰⁴

Insgesamt zeigt sich, dass Antifeminismus sowohl auf struktureller Ebene wirkt und in patriarchalen/patriarchal geprägten Gesellschaften den Status quo im Geschlechterverhältnis absichert bzw. an einer (Wieder-)Herstellung geschlechterhierarchischer Verhältnisse arbeitet. In diesem Sinne wird Antifeminismus in dem Moment bewegungsförmig, wenn ebenjene geschlechterhierarchischen Strukturen etwa durch Feminist*innen, queere Personen oder auf andere Weise nicht ins enge antifeministische Weltbild Passende, angegriffen und infrage gestellt

werden. Diese erleben dann oftmals antifeministische Anfeindungen, Abwehr bis hin zu körperlicher Gewalt.

Anti-was?

Um das Verständnis von Antifeminismus weiter zu veranschaulichen, greifen wir auf das von dem fem-PI-Netzwerk gemeinsam mit dem Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus entworfene Bild von Antifeminismus als Baum zurück.



Der „Antifeminismus-Baum“ wurzelt - im Bild gesprochen - in einem (Nähr-)Boden des Glaubens an eine vermeintlich „natürliche“ Ordnung der Ungleichheit. Entlang der Kategorie Geschlecht erwächst der Stamm, der eine - in den Augen der Antifeminist*innen - „natürliche“ geschlechtliche Ordnung (das Patriarchat) ausdrückt. Die Angst vor einer Verunsicherung dieser imaginierten Natürlichkeit und der Wunsch, diese aufrechtzuerhalten, können als Handlungsmotive für Antifeminismus verstanden werden. Es geht dabei auch darum, die gesellschaftliche und geschlechtliche Sphärentrennung in „öffentlich-männlich-politisch“ und „privat-weiblich-sorgend“ aufrechtzuerhalten. Um Veränderungen im Bereich der Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse abzuwehren, wird häufig mit einer vermeintlichen gottgewollten oder natürlichen Ordnung argumentiert. Im Grunde geht es um das Festhalten an cis-männlicher und heterosexueller Vormachtstellung.⁰⁵

Aus dem Stamm entwickeln sich unterschiedliche, sich aber eindeutig

aufeinander beziehende Ideologiefragmente, die auch eigenständige Ideologien sein können wie (Hetero-) Sexismus, Misogynie/Frauenhass, Familismus, die Gegner*innenschaft zu reproduktiver, sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung sowie Queer- und Transfeindlichkeit.

Sie sind tragende Äste und können sich im historischen Kontext verändern. Doch sie alle erwachsen aus dem Stamm - dem patriarchalen Herrschaftsverhältnis. Die Aufzählung der Ausprägungen bleibt notwendig unvollständig. Um im Bild zu bleiben: Mit der Zeit und politischen wie gesellschaftlichen Entwicklungen, erwachsen neue tragende Äste, andere werden wiederum morsch und verlieren ihre stützende Funktion.

Aus diesen tragenden Ästen formen sich feinere Verzweigungen, die sich in konkreten Handlungen äußern, etwa

- in Hate Speech, die sich oftmals gegen feministische und queere Personen richtet mit dem Ziel, sie zum Verstummen zu bringen;
- Mobilisierungen und Proteste gegen Bildungspläne, die die Akzeptanz sexueller Vielfalt zum Ziel haben;
- dem Kampf gegen die Umsetzung von geschlechtergerechter Sprache;
- im Blockieren und Verhindern rechtlicher Verbesserungen für queere Personen, beispielsweise in Bezug auf gleichgeschlechtliche Ehe, Adoptionsrecht, Diskriminierungsschutz;
- transfeindlichen Kampagnen gegen das geplante Selbstbestimmungsgesetz.

In ihrem Zusammenspiel bilden die verschiedenen Dimensionen/tragenden Äste das Dach des Baumes und bestimmen die Form und den Umfang der Baumkrone Antifeminismus. Jedes der genannten Phänomene kann dabei für sich stehen, die Baumkrone kann jedoch nicht ohne die tragenden Äste bestehen.

Uns ist wichtig, der häufig geäußerten Überlegung „wenn ‚der‘ Feminismus sich mehr zurückhalte, würde auch der Antifeminismus abnehmen“, zu widersprechen. An der ein oder anderen Stelle wäre der Baum möglicherweise karger, doch der Baum würde ohne feministische Aktivitäten leider nicht „natürlich verdorren“. Denn solange die Wurzeln auf nährstoffreichen Boden treffen, hält sich der Baum am Leben - das gilt auch für andere Ungleichheitsideologien. Diese können nur bekämpft werden, wenn der Vorstellung einer „natürlichen“ Ungleichheit der Nährboden entzogen wird. Feminismus, queere Bewegungen, Antirassismus und weitere emanzipatorische Mobilisierungen sehen wir hier als wichtige Strategien an.

Das Bild verdeutlicht, dass wir Antifeminismus nicht nur als Gegenbewegung, sondern als eigenständige Ideologie verstehen, die jedoch dann besonders sichtbar wird, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse durch feministische und queere Forderungen und Errungenschaften in Bewegung kommen. Dies lässt sich analog zu Rassismus denken: Rassistische Denkweisen bestehen bereits, werden aber oft dann besonders sichtbar und Motiv für tatsächliche Handlungen, wenn etwa vermehrt Geflüchtete an Orte kommen oder migrantisierte Personen in repräsentativen Tätigkeiten auftreten.

Da wir Antifeminismus als eigenständige Ideologie verstehen, setzen wir dem Verständnis keine Feminismus-Definition voraus. Zum einen, weil es viele verschiedene feministische Ansätze gibt und sich feministische (Selbst-)Verständnisse auch oft über die Zeit verändern. Zum anderen, weil sich zwar auch Antifeminismus wandelt und sich gesellschaftlichen Veränderungen anpasst, jedoch hinsichtlich der Grundhaltung und Stoßrichtung große Kontinuitäten aufweist. So erwachsen verschiedene antifeministische Varianten wie männer- oder familienzentrierter Antifeminismus und aktuell, sehr deutlich, transfeindliche und Anti-Gender Debatten aus dem Stamm des Patriarchats.

Antifeminismus ist aufgrund seiner Verwurzelung in Ungleichheitsvorstellungen zentraler Bestandteil extrem rechten Denkens. Da Antifeminismus gleichzeitig gesellschaftlich breit anschlussfähig ist, fungiert er als Bindeglied- und Türöffnerideologie in die extreme Rechte [dazu mehr im Kapitel VII]: denn das antifeministische Denken in Binaritäten, Polarität und Eindeutigkeiten bietet sehr gute Anschlussmöglichkeiten an weitere rechte Ungleichheitsvorstellungen.

Darüber hinaus richten sich antifeministische Angriffe auch nicht nur gegen sich dezidiert als feministisch verstehende Personen, sondern all jene Menschen, die dem im Baumbild dargestellten antifeministischen Weltbild qua Existenz, Lebensweise und Weltanschauung widersprechen. Dabei verstehen wir antifeministische Angriffe als Botschaftstaten: Sie treffen teils Einzelpersonen, sind aber immer auch ein Angriff auf feministische, gleichstellungspolitische und queere Strukturen in ihrer Gesamtheit.

Da queere Personen qua Sichtbarkeit und Existenz antifeministische Angriffe erleben, verstehen wir Antifeminismus als im Kern mit LSBTQIA*/Queerfeindlichkeit verbunden. Darüber hinaus ist, wie sich etwa an der Verschwörungserzählung des „Großen Austauschs“ zeigt, Antifeminismus eng mit Rassismus, Antisemitismus und weiteren Ungleichheitsideologien verknüpft. Queere Personen of Color erleben spezifische Angriffe, in denen sich Antifeminismus, Rassismus und weitere Ungleichheitsvorstellungen verschränken.

01 Vgl. Höcker, Charlotte/Pickel, Gert/Decker, Oliver (2020). „Antifeminismus – das Geschlecht im Autoritarismus? Die Messung von Antifeminismus und Sexismus in Deutschland auf der Einstellungsebene.“ In: Decker, Oliver/Brähler, Elmar (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020*, 249–82. Gießen: Psychosozial-Verlag, S.262.

02 Vgl. Planert, Ute (1998). *Antifeminismus im Kaiserreich: Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

03 Vgl. u.a. Notz, Gisela (2018). *Warum flog die Tomate? Die autonomen Frauenbewegungen der Siebzigerjahre: Entstehungsgeschichte, Organisationsformen, Politische Konzepte, Wie geht es weiter?* Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.

04 Vgl. Gutiérrez Rodriguez, Encarnación/Tuzcu, Pinar (Hrsg.) (2021). *Migrantischer Feminismus in der Frauenbewegung in Deutschland (1985-2000)*. Münster: Edition Assemblage.

05 Neben dem im Bild entwickelten „Antifeminismus-Baum“ kann man sich noch weitere Darstellungen von Ungleichheitsideologien vorstellen, die auf dem Boden von Vorstellungen einer natürlichen Ungleichheit von Menschen erwachsen, etwa hinsichtlich Rassismus, Antisemitismus, Klassismus und weiterer Ungleichheitsideologien.

II. Geschlechter- und Familienordnung

Antifeminismus ist von einem engen, konservativen und hierarchischen Geschlechter- und Familienbild geprägt und baut auf dem Ideal der *weißen* heterosexuellen Mehrkind-Familie auf. Gisela Notz spricht in diesem Zusammenhang von Familismus als einer Ideologie, die die bürgerliche, heterosexuelle Kleinfamilie als Leitform betrachtet. Sie stellt im antifeministischen Weltbild den Dreh- und Angelpunkt aller sozialer Organisationen dar und zeigt sich an der traditionellen geschlechtlichen Rollenverteilung.⁰¹ Diesbezüglich lässt sich auch von „familienzentriertem“ Antifeminismus sprechen, da hier das Ideal der heteronormativen Kleinfamilie im Zentrum steht.⁰² Seit der Gründung der AfD nimmt diese Variante des familienzentrierten Antifeminismus zu und wird von selbiger aktiv bespielt. So bezeichnet etwa die AfD Baden-Württemberg in ihrem Landtagswahlprogramm von 2016 die Familie als „Keimzelle und Fundament von Gesellschaft und Kultur“.⁰³ Dass es mit der Familienfreundlichkeit nicht weit her ist, zeigt sich daran, dass seitens der AfD nahestehenden Organisation *Zivile Koalition*, ein von Beatrix von Storch gegründeter Verein, die Petition „Familiennachzug stoppen“ initiiert wurde, die das Ziel hat, Familienzusammenführungen geflüchteter Personen zu verhindern.

Das antifeministische Familienverständnis ist sehr eng: Patchwork-Familien, Alleinerziehende und weitere Familienkonstellationen bleiben in antifeministischer Rhetorik unerwähnt. Gleichgeschlechtliche Elternkonstellationen werden direkt abgelehnt. Besonders deutlich wird

die Abwertung nicht-heterosexueller Beziehungskonstellationen im Programm der *Jungen Alternative* ausgedrückt: „Wir sehen die heterosexuelle Familie als schützenswerte und primäre Lebensgemeinschaft an. Damit bedarf sie als Keimzelle für das Fortbestehen unseres Volkes der Bevorzugung und Hervorhebung gegenüber anderen Lebensgemeinschaften.“⁰⁴

Dies zeigt: Antifeminist*innen verstehen sich als Verteidiger*innen der vermeintlich bedrohten heterosexuellen Kleinfamilie. In diesem Sinne sprechen sie sich bspw. gegen die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare aus und kämpfen gegen die Überarbeitung von Bildungsplänen, die zum Ziel haben, die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt zu stärken wie 2014/15 in Baden-Württemberg [mehr dazu im Kapitel VI].

Zentral im Antifeminismus ist auch die Fokussierung und Aufwertung von Weiblich- und Mütterlichkeit, wobei hierunter ein eng gefasstes Ideal zu verstehen ist, das cis Frauen als zuständig für die Sorge- und Carearbeit betrachtet und sie auf ihre potentielle Mutterschaft fest schreibt.

Daher freuten sich bekannte Antifeminist*innen wie Birgit Kelle und die Akteur*innen der *Demo für Alle* über die im Zuge der Corona-Pandemie beobachtbare Retraditionalisierung der Geschlechterverhältnisse. Denn die durch Kita- und Schulschließungen in den verschiedenen Lockdowns entstandene Sorge- und Carelücke wurde in heterosexuellen Partner*innenschaften größtenteils wie selbstverständlich von cis Frau-

en gefüllt.⁰⁵ Birgit Kelle jubelte über diese Entwicklung in ihrem auf dem Blog der Demo für Alle veröffentlichten Beitrag „Die ersetzbare Mutter – Ein Mythos hat Pause“. Dass sie lediglich Frauen für die Sorgearbeit zuständig sieht, wird deutlich, wenn sie fortfährt: „Millionen von Familien stellen gerade fest, dass dann, wenn der Staat als Nanny ausfällt, die Familie und ja, die Mutter, wieder in den Mittelpunkt des Haushaltes rückt.“⁰⁶

Auch die *Demo für Alle* begrüßte ausdrücklich die gesellschaftlich zu beobachtende Retraditionalisierung und den Bedeutungszuwachs der (heterosexuellen) Kleinfamilie. Sie nahmen die Pandemie zum Anlass, eine „bessere“ Familienpolitik zu fordern, wobei sie unter „Familie“ ausschließlich die heterosexuelle Kleinfamilie verstehen.

Im Verlauf der Pandemie nutzten insbesondere antifeministische, aber auch pandemieleugnerische Akteur*innen, das schon seit Jahren im antifeministischen Sinne instrumentalisierte „Kindeswohl“, um gegen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie vorzugehen.⁰⁷

Das Sprechen im Namen von Kindern und das Behaupten einer vermeintlichen Kindeswohlgefährdung war schon vor den Entwicklungen in der Covid-19 Pandemie eine klassische antifeministische Strategie. Die Geschlechterforscherin Imke Schmincke fasst die Funktion dieser Behauptung in Bezug auf die *Demo für Alle* und die *Manif pour tous* in Frankreich folgendermaßen zusammen: „Das Argument, Kindeswohl/Sorge um Kinder wirkt immer.

Es sichert Aufmerksamkeit, verleiht Glaubwürdigkeit und vor allem moralisches Gewicht. Kinder repräsentieren in dieser Bezugnahme Unschuld und Bedürftigkeit.“⁰⁸

Der damit einhergehende Slogan „Schützt unsere Kinder“ erinnert dabei auch an Kampagnen der AfD oder der Identitären, die sich um einen angeblichen „Frauenschutz“ drehen. Plakate wie „Köln-Stuttgart-Hamburg. Mehr Sicherheit für unsre Frauen und Töchter“⁰⁹ spielen darauf an, dass „unsere“ (also: deutsche, *weiße*) Frauen vor dem „fremden Geflüchteten“ geschützt werden müssten. Dies zeigt: Sowohl Frauen als auch Kinder werden im antifeministischen Weltbild lediglich als schützenswerte Objekte gedacht, denen kein Raum für eigenes Agieren bleibt. Dies entspricht dem antifeministischen Weltbild, das nicht nur als Dyade zwischen Mann und Frau, sondern als eine Trias zu verstehen ist: der Mann als für die Öffentlichkeit zuständiges politisches Subjekt, der die Frauen, die im privaten Raum bleiben sollen und Kinder die (noch) keine vollwertigen politischen Subjekte sind, beschützen muss.¹⁰

⁰¹ Vgl. Notz, Gisela (2015). Kritik des Familismus: Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes. Stuttgart: Schmetterling Verlag.

⁰² Vgl. Blum, Rebekka (2019). Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press.

⁰³ AfD Baden-Württemberg (2016). Für unser Land – Für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. Stuttgart.

⁰⁴ Vgl. Junge Alternative (o.J.). Junge Alternative: Programm der Jungen Alternativen. URL: <http://www.ja-baden-wuerttemberg.de/ueber-uns/programm/> (abgerufen am 30.11.2022).

⁰⁵ Vgl. Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline (2020). Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit, Policy Brief des WSI. URL: file:///home/rebbe/Downloads/p_wsi_pb_40_2020.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

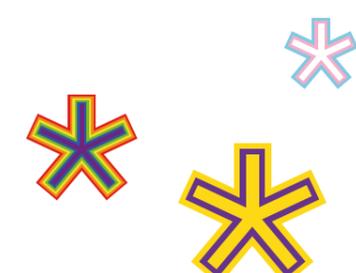
⁰⁶ Vgl. Kelle, Birgit (2020). Die ersetzbare Mutter – Ein Mythos hat Pause. URL: <https://demofueralle.de/2020/04/29/die-ersetzbare-mutter-ein-mythos-hat-pause/> (abgerufen am 17.12.2022).

⁰⁷ Vgl. Denk, Larissa/Kaufmann, Fabian/Peters, Ulrich (2021). ... Und wer denkt an die Kinder? Instrumentalisierung von Kindern in der Pandemieleugner*innenszene. Hamburg.

⁰⁸ Vgl. Schmincke, Imke (2015). Das Kind als Chiffre Politischer Auseinandersetzungen am Beispiel Neuer Konservativer Protestbewegungen in Frankreich Und Deutschland. In: Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.), Anti-Genderismus: Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 93-109.

⁰⁹ u.a. Rhein-Zeitung (2016). Mysteriöses Plakat: Wer zahlt die AfD-Werbung? URL: https://www.rhein-zeitung.de/region_artikel,-mysterioeses-plakat-wer-zahlt-die-afdwerbung-_arid,1449184.html (abgerufen am 30.11.2022).

¹⁰ Vgl. Blum, Rebekka (2021). Antifeminismus in der Corona-Pandemie und der Pandemie-Leugner:innen-Szene. In: QUERVERBINDUNGEN, Das verschwörungsideologische Spektrum in Niedersachsen. Einschätzungen – Erfahrungen – Handlungsempfehlungen, herausgegeben von Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus für Demokratie Niedersachsen, Verden (Aller), S. 32-35.





„Dabei ist ein Ziel, Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen abzubauen und eine Antidiskriminierungskultur zu etablieren.“

Was ist Antidiskriminierungsberatung?

Antidiskriminierungsberatungsstellen machen sich zur Aufgabe, Menschen zu unterstützen, die Diskriminierung erleben, ihnen einen geschützten Raum zur Bearbeitung ihrer Erfahrungen zu bieten und bei konkreten Interventionen gegen Diskriminierung zu unterstützen und zu begleiten. Dabei ist ein Ziel, Diskriminierung in allen gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen abzubauen und eine Antidiskriminierungskultur zu etablieren.

In Hamburg gibt es zwei Beratungsprojekte (beide bei basis & woge e.V.), die qualifizierte unabhängige Antidiskriminierungsberatung anbieten und dafür von der Stadt Hamburg gefördert werden:

- **amira:** Beratung bei Diskriminierung wegen (zugeschriebener) Herkunft und Religion
- **read:** Beratung bei Diskriminierung wegen Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexueller Orientierung und wegen chronischer Krankheit und Behinderung.

Auf welcher Grundlage berätet ihr die Menschen, die sich bei euch melden?

Einerseits gibt es den rechtlichen Diskriminierungsschutz, hier ist im Besonderen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz zu nennen: „Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen“ (§ 1, AGG).

Andererseits arbeiten wir auf Grundlage der Qualitätsstandards des Antidiskriminierungsverbands Deutschland (Advd). Einige wichtige Prinzipien sind dabei: Parteilichkeit, Vertraulichkeit, Unabhängigkeit, Orientierung an den Anliegen der Ratsuchenden und Empowerment.

Sind eure Beratungsfälle in den letzten Jahren gestiegen und wenn ja, warum?

Die Fallzahlen beim Projekt read, welches es seit 2015 gibt, steigen besonders seit 2020 stetig an. So haben sich die Anfragen von trans und nicht-binären Personen erhöht, da diesen erhebliche Hindernisse und Herausforderungen begegnen, z.B. im Rahmen des Verfahrens zur Namensänderung und im öffentlichen Raum. Zudem wird das Thema Diskriminierung immer breiter in der Öffentlichkeit diskutiert und sich auf verschiedenen Ebenen deutlich gegen Diskriminierung positioniert. Somit sind sich Einzelpersonen ihrer Rechte bewusster und wollen Diskriminierungserfahrungen nicht mehr hinnehmen.

Dennoch geht aus empirischen Untersuchungen hervor, dass 80 % der Diskriminierungserfahrungen von Betroffenen nirgends gemeldet werden. Hier wird deutlich, dass es wichtig ist, auf konkrete Beratungsangebote im Bereich Antidiskriminierung hinzuweisen und diese weiter bekannt zu machen, aber auch für eine flächendeckende Beratungsstruktur, mit ausreichend personellen und finanziellen Ressourcen, zu sorgen – Aufgabe der Politik – und weiter an lokaler und bundesweiter Vernetzung zu arbeiten, was auch ein Teil unserer Projektarbeit ausmacht.

Machen viele Ratsuchende davon Gebrauch, ihr Recht vor Gericht einzuklagen? Und sind solche Verfahren aussichtsreich?

Die Beratungsprojekte read und amira von basis & woge e.V. arbeiten mit Anwält*innen zusammen, die spezialisiert sind auf rechtlichen Diskriminierungsschutz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz. Zwei Drittel unserer Fälle lassen wir auf Wunsch der Ratsuchenden rechtlich beraten und erhalten somit eine fundierte Einschätzung, ob gerichtliche Interventionen sinnvoll sein könnten. Dennoch stellen Gerichtsverfahren für Betroffene eine große Herausforderung dar – zeitlich, finanziell, aber auch emotional. Doch immer wieder nehmen Ratsuchende dies auf sich, um zu ihrem Recht zu kommen, aber auch um ein Zeichen zu setzen oder Urteile zu schaffen, auf die sich andere Betroffene berufen können.

Schwangerschaftsabbruch. Reproduktion als Kampffeld antifeministischer Bestrebungen

Wie läuft eine typische Beratung bei euch ab?

Zu Beginn erklären wir, was Antidiskriminierungsberatung ist, weisen auf unsere Schweigepflicht hin und klären mögliche Fragen zum Rahmen.

Dann können die Ratsuchenden im geschützten Raum über die Diskriminierungserfahrung berichten und werden darin ernst genommen. Erwartungen und Ziele der Ratsuchenden werden geklärt. Eine erste Einschätzung zum Fall wird vorgenommen und Informationen über Unterstützungs- und Interventionsmöglichkeiten gegeben. Wenn die Ratsuchenden sich für konkrete Interventionen entschieden haben, werden diese nochmal gemeinsam erörtert und die Umsetzung geplant. Eventuell wird über die Kooperation mit weiteren Fachdiensten gesprochen und diese unterstützt (Verweisberatung). Dieser Prozess erstreckt sich oftmals über mehrere Beratungsgespräche.

Mögliche Interventionen:

- Rechtsberatung und Unterstützung bei rechtlichen Schritten
- Verfassen von Stellungnahmen und Beschwerden
- Begleitung zu verantwortlichen Stellen, Vermittlungsgespräche, Konfliktmediation
- Vernetzung und Weitervermittlung
- Vermittlung von Wissen zum Thema Antidiskriminierung an Fachkräfte

Kannst Du uns exemplarisch von Fällen berichten, die im Sinne der Beratungssuchenden erfolgreich waren?

Zwei Personen, die queerfeindlich beleidigt und angegriffen wurden, haben sich an das Beratungsprojekt read gewandt. Es gab verschiedene Gespräche, um die Anliegen und Bedarfe der Ratsuchenden zu klären und Interventionen zu planen. Mit Unterstützung von Anwält*innen wurde ein Gerichtsverfahren angeschoben und die Termine entsprechend von uns begleitet. Das Verfahren war herausfordernd für die Ratsuchenden, aber letztlich erfolgreich im Sinne von Empowerment, Sichtbarkeit (Öffentlichkeitsarbeit) und durch den Erhalt eines Schadensersatzes.

Eine Person meldet sich bei read, die an einer Bildungseinrichtung sexuell belästigt wurde. Verschiedene Stellen waren mit dem Fall bereits betraut. Die Person fühlte sich allerdings nicht ernst genommen und unterstützt durch die vorhandenen Strukturen. Es gab Schriftwechsel mit der Einrichtungsleitung und anderen Stellen. In der Folge gab es mehrere Vermittlungsgespräche. Die Bildungseinrichtung schärfte daraufhin ihre Verfahren im Umgang mit sexueller Belästigung und plant, ein Konzept zur Prävention sexueller Belästigung zu erarbeiten.

Eine Transfrau mit Migrationshintergrund sah sich in einem Sorgerechtsstreit und ihrem Umgangsrecht mit ihrem Kind durch das Jugendamt benachteiligt, da die Sachbearbeiterin sich diskriminierend über Transpersonen geäußert habe. Die Beratungsstelle schrieb einen Beschwerdebrief an das Jugendamt, der zu einem Vermittlungsgespräch führte. Das Umgangsrecht wurde in der Folge geregelt und ein Vertrauensverhältnis zwischen der Ratsuchenden und der Sachbearbeiterin wiederhergestellt.

Unsere Interviewpartner*in **HEIDRUN KALLIES** ist Mitarbeiter*in bei der Beratungsstelle read

<http://adb-hamburg.de/read/>



Frauke Petry forderte mit der sächsischen AfD im Jahr 2014 eine Volksabstimmung zum Abtreibungsrecht in Deutschland⁰¹, 2021 schaffte die rechtskonservative PIS in Polen legale Abtreibungen quasi ab und im Juni 2022 wurde das Abtreibungsrecht in den USA vom Supreme-Court gekippt. Schwangerschaftsabbrüche sind seit jeher ein zentrales Thema rechter und antifeministischer Strömungen, aber warum eigentlich?

Wer Kinder bekommen muss und wer besser keine Kinder bekommen soll, ist immer schon Gegenstand politischer und ideologischer Auseinandersetzungen. Spätestens ab der frühen Neuzeit wurde die „Gebärmutter ein öffentlicher Ort, von Männern und dem Staat kontrolliert.“⁰² Auch die Kirche ist an vorderster Front dabei. Dabei brachten die misogynen Wissensstrukturen auch Blüten hervor: Im Spätmittelalter wurden männliche Föten ab dem 40. Tag nach der Befruchtung als Menschen betrachtet, weibliche Föten erst ab dem 80. Tag.⁰³ Die enge Verknüpfung von nationalistischen Bestrebungen und Kirche wird am Beispiel post-sowjetischer Gesellschaften besonders deutlich. Die Zunehmende Positionierung gegen Abtreibung in post-sowjetischen Gesellschaften ging einher mit aufkommendem Nationalismus und gleichzeitigem Bedeutungszuwachs der Kirchen.⁰⁴ Auch die extreme Rechte bespielt das Kampffeld Reproduktion, denn der Kampf der extremen Rechten ist immer auch ein biopolitischer bzw. bevölkerungspolitischer Kampf, das heißt es geht ganz konkret um die

Frage, wer zum „Volk“ dazugehört und wer nicht. Ihre Ideologie nimmt dabei insbesondere die (westliche) Frau in ihrer biopolitischen Verantwortung – als Gebärende – in die Pflicht.⁰⁵ An diesem Punkt finden sich Anknüpfungspunkte für Verschwörungsideologien. Das Recht auf Abtreibung wird in der Erzählung des „Großen Austauschs“ [-> Hintergrund Seite 31] als ein Mechanismus der „Elite“ verstanden, die hiesige Bevölkerung zu dezimieren bzw. klein zu halten.⁰⁶

Eines macht dieser kurze Einblick deutlich: Reproduktion ist immer schon politisch umkämpft und stark vergeschlechtlicht. Cis Männer, Staat und Kirche üben so Macht auf den potenziell schwangeren Körper aus. Im Komplex um Reproduktion gibt es nicht nur Personen mit der vermeintlichen Pflicht, Kinder für Volk, Nation oder das Gemeinwohl zu gebären sondern auch Menschen, die besser keine Kinder bekommen sollten. In der Geschichte finden sich dafür vielzählige Beispiele, so problematisiert der Ökonom Thomas Malthus die Gebärfreudigkeit der „armen Arbeiterfrau“ gleiches gilt für nicht-weiße Frauen im Kolonialismus oder sogenannte „Erbkranke“ während des Nationalsozialismus. Dass bestimmte Personengruppen keine Kinder bekommen sollen, hat auch bis heute konkrete Auswirkungen. So wird Personen mit Behinderung häufig eine Sterilisation nahegelegt. Auch bei ökonomisch armen Personen werden zu viele Kinder argwöhnisch betrachtet, wenn sie darüber hinaus einen Migrationshintergrund

attestiert bekommen, wird das Kinderbekommen explizit problematisiert, wie im Buch von Thilo Sarazin *Deutschland schafft sich ab*. Die „junge Akademikerin“ hingegen kann nicht genug Kinder bekommen. Kinderlosigkeit wird in diesem Fall als rücksichtslos für die Gesellschaft geframed.⁰⁷ Das Thema Schwangerschaftsabbruch hat auch bei antifeministischen Mobilisierungen immer zwei Seiten. „Ob Kinder oder Keine, entscheiden wir alleine!“, ein oft skandierter Spruch auf feministischen Demonstrationen, spricht genau diesen Sachverhalt an.

Zugang zu kostenlosen und sicheren Schwangerschaftsabbrüchen ist dabei kein Lifestyleproblem. Denn die Illegalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen hat ganz reale Folgen. Den organisierten Abtreibungsgegner*innen geht es nur oberflächlich um den Schutz des Lebens. Die Folgen der Kriminalisierung von Abtreibungen sind eklatant. Weltweit sterben nach Erhebungen der WHO jährlich rund 47.000 Menschen an den Folgen illegalisierter Abtreibungen.⁰⁸ Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen sind von Verboten betroffen.

Aktionsformen der selbsternannten Lebensschutzbewegung

Die organisierten Abtreibungsgegner*innen haben verschiedene Aktionsformen etabliert. Neben Demonstrationen lauern militante Abtreibungsgegner*innen Personen vor Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen, Abtreibungspraxen und -kliniken auf oder versuchen mit

vermeintlichen Beratungsangeboten zu Schwangerschaftskonflikten, die schwangeren Personen zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu drängen. Außerdem ist die *Pro-Life*-Bewegung in den Sozialen Medien aktiv.

Gerade bei den großen Demonstrationen der selbsternannten Lebensschutzbewegung, findet ein Schulterchluss von konservativen, christlich-fundamentalistischen, und extrem rechten Akteur*innen statt. Als Evangelikale werden zumeist bibeltreue evangelische Christ*innen bezeichnet.⁰⁹ Sie vertreten eine fundamentalistische Auslegung der Religion und antimoderne Positionen. In den USA sind evangelikale Christ*innen eine der größten Unterstützerguppen von Donald Trump. Insbesondere antifeministische Positionen einen christliche Fundamentalist*innen und andere rechte Akteur*innen. So finden Kooperationen beim Marsch für das Leben in Berlin und München, dem *Schweigemarsch für das Leben* im sächsischen Annaberg Buchholz oder der *Demo für Alle* statt.

Eine besonders perfide Aktionsform sind die „Gehsteig-Belästigungen“. Abtreibungsgegner*innen lauern vor Praxen und Kliniken, in denen Abbrüche durchgeführt werden, Personen auf. Sie versuchen sie mit Broschüren, Schildern und lauten Gebeten von einem Abbruch abzuhalten. Auch finden immer wieder Angriffe auf Kliniken und Praxen statt in denen Abbrüche durchgeführt werden. Dies ist nicht die einzige Form, Druck auf die schwangeren Personen auszuüben.

Insbesondere durch angebliche Schwangerschaftskonfliktberatungen, versuchen Abtreibungsgegner*innen ungewollt Schwangere zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu drängen. Die scheinbar seriösen Angebote, etwa des Vereins *Profemina*, wirken auf den ersten Blick neutral. Die Nähe zum Namen der Beratungsstellen von *ProFamilia* ist kein Zufall. Auf den zweiten Blick wird deutlich, dass die Beratung nur ein Ziel hat, die schwangere Person, um jeden Preis von der Abtreibung abzuhalten. Wie gehen sie dabei

vor? Bei sogenannten Selbsttests zum Schwangerschaftskonflikt werden suggestive Fragen gestellt, es wird einseitig und dramatisierend über die psychischen und physischen Folgen von Abtreibungen hingewiesen, in den Beratungen werden Schwangeren finanzielle Unterstützungsleistungen angeboten. Die Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen pathologisieren sie dabei unter dem vermeintlichen „Post-Abortion-Syndrom“, das wissenschaftlich nicht haltbar ist.¹⁰ Negative Folgen von Schwangerschaftsabbrüchen sind vor allem mit der Stigmatisierung erklärbar. Besonders perfide am Vorgehen der angeblichen Beratungsstellen: Sie setzen auf Zeit. In Deutschland gilt die sogenannte Fristenlösung, das heißt schwangere Personen dürfen maximal bis zur 12. Woche straffrei die Schwangerschaft abbrechen. Bis dahin brauchen Sie einen „Beratungsschein“, eine mindestens dreitägige „Bedenkzeit“, sowie eine Praxis oder Klinik, die den Abbruch durchführt. Gerade in ländlichen Regionen kann diese Zeit mitunter sehr knapp werden. Die Vereine führen eine angebliche Schwangerschaftskonfliktberatung durch, stellen aber keinen Beratungsschein aus, der für den Abbruch nötig ist.¹¹

Auch in den Sozialen Medien sind die selbsternannten Lebensschützer*innen aktiv. Unter Hashtags wie *#ProLife* oder *#ItsAChildNotAChoice* versuchen sie ihre Propaganda auch für eine jüngere Zielgruppe aufzubereiten. Sie nutzen gezielt Bilder von Föten oder Schwangeren, um an Emotionen zu appellieren. Nicht selten geben diese Bilder einen verfälschenden Eindruck wieder, wenn etwa falsche Entwicklungszeiträume angegeben werden. Hierbei kommt auch die internationale Vernetzung besonders zu tragen. Die *Pro-Life*-Bewegung ist insbesondere in den USA sehr sichtbar, was sich auch an den Instagram- und TikTok-Reichweiten der Gruppen und der Anzahl an Inhalten sichtbar wird. Dies zeigt, wenn auf antifeministische Akteur*innen und Diskurse geschaut wird, darf sich der Blick nicht nur auf Deutschland oder den deutschsprachigen Raum verengen.

01 Wirtschaftswoche (2014). Frauke Petry will Volksabstimmung zu Abtreibung. URL: <https://www.wiwo.de/politik/deutschland/afd-frauke-petry-will-volksabstimmung-zu-abtreibung/10362660.html> (abgerufen am 08.12.2022).

02 Federici, Silvia (2020). *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*. Wien/Berlin: Mandelbaum Verlag, S.113.

03 Vgl. Avena, Gesine/Hecht/Patricia/Riese, Dinah (2022). *Selbstbestimmt. Für reproduktive Rechte*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, S.82.

04 Vgl. Rosalind Marsh (1998). *Women in Contemporary Russia and the Former Soviet Union*. In: Miller, Robert E./Wilford, Rick (Hrsg.), *Women, Ethnicity and Nationalism. The Politics of Transition*. London/New York: Routledge.

05 Vgl. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2018). *Der »Volkstod«*. Zur Kontinuität einer Extrem Rechten Paranoia. In: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.), *Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten Um Geschlecht Und Sexuelle Vielfalt*. Hamburg: Marta Press, S. 63-90.

06 Vgl. ebd. S. 76.

07 Vgl. Karakayali, Juliane (2011). *Bevölkerungspolitik im Postfeminismus. Rassistische Debatten um Gebärquoten und ihre Einbettung in aktuelle Geschlechterpolitiken*. In: Friedrich, Sebastian (Hrsg.), *Rassismus in Der Leistungsgesellschaft. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der »Sarrazindebatte«*. Münster: Edition Assemblage, S. 134-46.

08 *Süddeutsche Zeitung* (2017). *Jedes Jahr sterben 47 000 Frauen durch illegale Abtreibungen*. URL: <https://www.sueddeutsche.de/kultur/gleichberechtigung-kann-es-gleichberechtigung-ohne-das-recht-auf-abtreibung-geben-1.3436601-2> (abgerufen am 07.12.2022).

09 Stange, Jennifer (2014). *Evangelikale in Sachsen. Ein Bericht*. Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen (Hrsg.) *Demokratie*, S. 6. URL: <https://weiterdenken.de/de/2014/06/01/evangelikale-sachsen-ein-bericht> (abgerufen am 03.11.2022).

10 Vgl. Profamilia (2014). *Post-Abortion Syndrome*. URL: https://www.profamilia.de/fileadmin/profamilia/verband/Post_abortion_syndrome.pdf (abgerufen am 23.11.2022).

11 Auf der Homepage von Profemina, steht dieser Hinweis im Kleingedruckten, ist allerdings beim Aufsuchen der Website schnell zu übersehen.

Untrennbar verbunden mit dem Recht auf Schwangerschaftsabbrüche ist auch das Recht auf Schwanger- und Elternschaft. Um auf diese Situation aufmerksam zu machen, hat sich der Begriff der „**REPRODUKTIVE RECHTE**“ etabliert. Reproduktive Rechte sind Menschenrechte, wie von der UN-Generalversammlung im Jahr 2014 bestätigt wurde. Jede Person hat das Recht zu jedem Zeitpunkt über den eigenen Körper zu entscheiden. Das Recht beinhaltet ebenso Aufklärung über Sexualität und Reproduktion sowie Zugang zu Verhütungsmitteln und Schwangerschaftsabbrüchen. Und genau hier sieht es auch in Deutschland gar nicht mal so gut aus. Die Versorgungslage in Deutschland ist teils sehr schlecht, so müssen schwangere Personen an manchen Orten 100 Kilometer oder mehr fahren, um zu einer Beratungsstelle und/oder einer Praxis kommen, in der sie einen Abbruch durchführen lassen können.

RECHTLICHE SITUATION IN DEUTSCHLAND – §218 Im §218 des Strafgesetzbuches wird in Deutschland der Tatbestand des Schwangerschaftsabbruches juristisch geregelt. Was viele nicht wissen, Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland grundsätzlich illegal. Dass dennoch Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt werden dürfen, ist in §218a geregelt, denn unter bestimmten Bedingungen sind Schwangerschaftsabbrüche straflos. Die Bedingungen unter dem eine Schwangerschaftsabbruch straflos ist, sind, dass die Schwangerschaft vor der Vollendung des ersten Trimesters abgebrochen, dies nur mit der Einwilligung der Schwangeren und von Ärzt*innen vorgenommen wird. Auch braucht es für den Abbruch einen „Beratungsschein“, mit dem die schwangere Person nachweisen kann, eine Schwangerschaftskonfliktberatung in Anspruch genommen zu haben (rechtlich geregelt in §219). Diesen Nachweis stellen zertifizierte Beratungsstellen aus. Es ist daher wichtig, Informationen zu seriösen Beratungsstellen wie etwa ProFamilia bereitzustellen.



*„Der § 218 StGB muss weg.
Reproduktive Rechte müssen durch
ein gesondertes Gesetz
geschützt werden.“*

Die Geschichte des Kampfes für ein Recht auf Abtreibung ist ja schon eine längere. Könnt ihr uns einen aktuellen Überblick geben?

Das kommt darauf an, ob wir uns die Situation in Deutschland, in Europa oder weltweit anschauen. Letzteres sprengt hier den Rahmen, weil weltweit Abtreibungsrechte sehr unterschiedlich sanktioniert werden, bis hin zu absoluten Verboten, selbst wenn für die Schwangere Lebensgefahr besteht. In Deutschland besteht der § 218 StGB seit 151 Jahren. Das heißt: Schwangerschaftsabbrüche sind verboten und nur unter bestimmten Bedingungen straffrei. Diese Tatsache, die Schwangere und Ärzt*innen kriminalisiert, plus die Privatisierung der Krankenhäuser, schlechte gynäkologische Ausbildung und dem Ärzt*innenmangel, hat zu einer drastischen Unterversorgung geführt. In vielen Städten und ganzen Landstrichen gibt es niemanden mehr, der/die Abbrüche durchführt.

Eigentlich sollte doch ein Recht auf körperliche Selbstbestimmung grundlegend gegeben sein. Wer legt da und warum die meisten Steine in den Weg?

In Deutschland ist der Einfluss der christlichen Kirchen auf die Politik nach wie vor stark, ihre Vertreter*innen sitzen in den Regierungen, Parlamenten und in der Justiz. Daher hat die Vorstellung von einem „Schutz des ungeborenen Lebens“ sogar beim Bundesverfassungsgericht dazu geführt, dass das sexuelle und reproduktive Recht von Menschen, die gebären können, eingeschränkt ist, wenn sie eine ungewollte Schwangerschaft beenden wollen.

Die Kriminalisierung von Ärzt*innen, die für Schwangerschaftsabbrüche geworben haben, ist unerträglich. Wie sieht es aktuell mit der rechtlichen Grundlage dazu aus? Hat sich da etwas verändert?

Zum Teil, da der §219a StGB nach massivem Druck der Pro-Choice-Bewegung in diesem Jahr abgeschafft wurde. Er hat vor allem gegen das Grundgesetz verstoßen, das freie Berufe schützt, wozu der Beruf der*s Mediziner*in gehört. Ärzt*innen durften nach §219a StGB nicht öffentlich darüber informieren, wenn sie Abbrüche durchführen. Ansonsten: Alles wie gehabt. Wer Schwangerschaftsabbrüche durchführt, muss sich mit einem Bein immer im Gefängnis fühlen. Abgesehen davon werden Ärzt*innen, Kliniken und Beratungseinrichtungen, wie Pro Familia, regelmäßig von evangelikalen und katholischen Anti-Choice-Aktivist*innen belästigt und bedroht.

Welche Änderungen sind notwendig, damit ein Recht auf körperliche Selbstbestimmung endlich Realität wird?

Der § 218 StGB muss weg. Reproduktive Rechte müssen durch ein gesondertes Gesetz geschützt werden. Dazu gehört das bedingungslose Recht auf Abtreibung, das Recht auf Beratung, das Recht auf kostenlose Verhütungsmittel und umfassende sexuelle Bildung – von Anfang an, nach dem jeweils neuesten, wissenschaftlichen Stand – das Recht auf Sterilisation, usw. Die gute Ausbildung von Schwangerschaftsabbrüchen seitens Gynäkolog*innen und Allgemeinmediziner*innen gehört in die Curricula aufgenommen.

Wo können sich Menschen engagieren und mehr über das Thema erfahren?

Macht mit in lokalen Bündnissen für sexuelle und reproduktive Selbstbestimmung, werdet Mitglied bei Pro Familie oder der jüngeren Struktur PiA (Pro Familia in Action), den Students for Choice, den Doctors for Choice. Spendet für Aktionen, z.B. den Safe Abortion Day und nehmt daran teil. Es gibt gute Infos auf den Websites sexuelle-selbstbestimmung.de, doctorsforchoice.de und profamilia.de.

Unsere Interviewpartner*innen **KERSTEN ARTUS** und **KERSTIN FALK** sind Aktivist*innen bei *Prochoice*

PRO CHOICE

<https://pro-choice.de>

IV. Internationale Männerrechtsnetzwerke

Die (selbsternannte) Männerrechtsbewegung hat nicht nur verschiedene Vorläufer, sondern ist auch heute noch in diverse Gruppierungen unterteilt: Akademisch-elitäre Burschenschaften können wohl als früheste rein männliche Zusammenschlüsse zum Erhalt männlicher Privilegien und als Teil anti-emanzipatorischer Bündnisse ausgemacht werden. Daneben gründeten sich insbesondere zu Zeiten der Weimarer Republik (1918-1933) sogenannte „mythopoetische Männerbünde“. Geschlecht wurde hier nicht nur naturalisiert, sondern auch mythisch aufgeladen. Die mythopoetische Männerbewegung, die vor allem in den 1960er bis 1980er Jahren an Popularität gewinnen konnte, geht davon aus, dass Männer und Frauen von Natur aus unterschiedliche Wesen seien und dass es mithilfe bestimmter Rituale und spiritueller wie körperlicher Praktiken den „inneren Mann“ in sich (wieder) zu entdecken gebe. Der Kontakt von Männern zu Männern und eine männliche Initiati-on werden als Quelle einer positiven Entwicklung angesehen.⁰¹ Auf diesem Konzept basieren bis heute u.a. diverse Coachingkonzepte, die eine Stärkung der eigenen Männlichkeit oder auch beruflichen und sexuellen Erfolg versprechen.

Darüber hinaus entstanden in den 1960er Jahren feministisch geprägte Männergruppen, die sich zusammenschlossen, um über Männlichkeit, Privilegien und die eigene Rolle im Patriarchat zu reflektieren. Gleichzeitig waren auch die Zurichtungen, unter denen Männer zu leiden haben, ein wichtiges Thema – z.B. starre Rollenanforderungen, keine Gefühle zeigen zu dürfen oder körperlich einem bestimmten Ideal entsprechen zu müssen. Mit Aufkommen der Gender Studies spaltete sich die männliche Selbstorganisation. Ein Teil schloss sich der inzwi-

schon etablierten Sicht auf „Gender“ als Relations- und Machtverhältnis an (so wie es die heutige Kritische Männlichkeitsforschung und intersektionale Analysen tun). Andere dagegen hielten weiter am Konzept der (männlichen) Geschlechterrolle und den damit verbundenen Benachteiligungen fest. Es entstanden eigene Männerrechtsgruppen, die sich mit verschiedenen Bereichen auseinandersetzen, in denen sie Jungen und Männer diskriminiert sehen, so zum Beispiel in der Bildung, im Beruf, der Gesundheitsfürsorge oder der Strafverfolgung. Eng daran geknüpft sind die zeitgleich entstandenen Väterrechtsgruppen, die sich mit der väterlichen Rolle und Benachteiligung von Vätern, insbesondere nach der Scheidung, auseinandersetzen.⁰²

Während es zwar durchaus profeministische Männergruppen gibt, die bspw. im *Bundesforum Männer* oder den *Landesarbeitsgemeinschaften für Jungenarbeit* organisiert sind, gibt es weiterhin diverse Vereine und Gruppierungen, die eine antifeministische Männerpolitik vertreten – sogenannte Maskulinisten. Maskulinisten bedienen sich häufig an Namen und Schlagworten, die zunächst emanzipatorisch klingen oder nicht einmal auf Geschlechterverhältnisse Bezug nehmen.⁰³ So hat das *Forum Soziale Inklusion (FSI)* nichts mit Inklusion im gebräuchlichen Sinne zu tun, sondern ist ein bayrischer Männerrechtsverein. Maskulinisten behaupten, man setze sich für Geschlechterdemokratie und Chancengleichheit ein. Obwohl Gleichberechtigung durchaus einen eigenen Stellenwert in der Männerrechtsbewegung einnimmt, ist damit eher der Erhalt des Status Quo gemeint als ein emanzipatorisches Ideal. Im Einklang mit der postfeministischen Behauptung, Gleichberechtigung sei heute faktisch erreicht, werden Maßnahmen zur Gleichstellung der

Geschlechter zur Männerdiskriminierung umgedeutet.

Neben klassischen Männer- und Väterrechtlern können auch sogenannte *Pick Up-Artists*, *MGTOW* („Men going their own way“) und *Incels* („Involuntary Celibates“) zur maskulinistischen Szene gewertet werden. Da sich die verschiedenen Gruppen v.a. online organisieren, entsteht im Internet ein homosozialer Raum⁰⁴, in dem sich insbesondere maskulinistische Positionen gewidmet wird. Diese Ansammlung von Webseiten, Blogs, Foren etc. wird als „Manosphere“ bezeichnet. Antifeministische und frauenfeindliche Äußerungen verbinden sich hier zum Teil mit einer Opposition zu „Political Correctness“, mit rassistischen und ethnonationalistischen Aussagen oder auch mit antisemitischen Verschwörungsmäthen.⁰⁵ Politisch lassen sich die einzelnen Akteur*innen im Maskulinismus nur schwer einordnen. Das Spektrum reicht von (links-)liberalen, über konservative bis hin zu extrem rechten Positionierungen. Feminismus wird in Teilen des Maskulinismus zum generalisierten Feindbild. Als Bindeglied der verschiedenen Strömungen dient daher der geteilte Antifeminismus.

Ein zentrales Narrativ ist die sogenannte „Red Pill-Theory“: In Anlehnung an den Film *Matrix* gehen Anhänger der „Red Pill-Theory“ davon aus, sie hätten erkannt, dass wir in einer vom „Kulturmarxismus“ dominierten Welt leben. Dabei wird auf verschwörungsideologische Elemente zurückgegriffen, indem zum einen behauptet wird, es gäbe eine weltweit agierende, geheime Elite, die u.a. mit Hilfe liberaler Werte und „Genderwahnsinn“ den „Großen Austausch“ herbeiführen wolle. Zum anderen wird die eigene Position als einzige Wahrheit propagiert, die je-

doch nur wenige erkennen könnten (oder wollen).

In dieser Ideologie verbinden sich rassistische, antisemitische und antikommunistische Ressentiments mit rechtspopulistischen Argumentationsstrategien. Als Hauptfeind jedoch wird „der“ Feminismus ausgemacht. Feminismus sei verantwortlich für den schrittweisen Privilegienverlust des *weißen* Mannes, der zur Männerdiskriminierung umgedeutet wird. Er zerstöre das Geschlechterverhältnis, indem die binäre Trennung in ›männlich‹ und ›weiblich‹ hinterfragt und so traditionelle Geschlechterrollen aufgelöst werden. Der moderne Feminismus sei schuld am angeblichen Werteverfall westlicher Gesellschaften, an der ›Verweichlichung‹ des Mannes und der Abwertung traditioneller Lebensentwürfe.

In weiten Teilen männerrechtsorientierter Online-Communities gilt die „Red Pill-Theory“ inzwischen als Grundnarrativ. Ursprünglich stammt sie jedoch aus der amerikanischen Alt-Right. Die fließenden Übergänge in die extreme Rechte, die ideologischen Anknüpfungspunkte und schließlich auch Radikalisierungspotentiale innerhalb der Szene werden nicht zuletzt hieran deutlich.⁰⁶ Die Verschwörungserzählungen vom „Großen Austausch“ und der „Red Pill“ werden sowohl in der extremen Rechten als auch in Teilen der *Manosphere* miteinander verbunden und ergeben gemeinsam eine vermeintliche Legitimation der Gewalt. Daher ist in der Beschäftigung mit Teilen der Männerrechtsbewegung auch eine Auseinandersetzung mit rechter Gewalt und rechtem Terror unerlässlich. Im vergangenen Jahrzehnt kam es vermehrt zu Angriffen, die sich explizit gegen Frauen, insbesondere gegen Feminist*innen und queere Personen richteten:

Einer der ersten bekannten Amokläufe mit explizit antifeministischem und frauenfeindlichem Motiv ereignete sich bereits 1989 in Montréal. Der damals 25 Jahre alte Täter erschoss an der Polytechnischen Hochschule vierzehn Frauen und verletzte weitere zehn Frauen und vier Männer, bevor er sich selbst erschoss. Während seiner Tat wieder-

holte er: „I am fighting feminism.“⁰⁷ Bekannt wurde auch ein norwegischer Rechtsterrorist, der 2011 einen Bombenanschlag im Osloer Regierungsviertel verübte und anschließend 69 Menschen bei einem Sommercamp auf der Insel Utøya erschoss. Er äußerte in einem 1516 Seiten umfassenden Dokument antisemitische, rassistische und frauenfeindliche Motive für sein Attentat. Der Täter bezog sich als einer der ersten Rechtsterroristen auf den Mythos vom „Großen Austausch“ und richtete sich explizit gegen Feminismus und dessen Verfechter*innen. In Teilen der *Manosphere* hat er einen Heldenstatus und diente anderen Attentätern als Vorbild. Im Zuge eines Attentats am 23. Mai 2014 in Isla Vista, bei dem sechs Personen ermordet und weitere dreizehn verletzt wurden, veröffentlichte der 22-jährige Täter ein Video sowie ein weiteres Dokument, das von Antifeminismus und Misogynie strotzte. Darin beschrieb er seinen Plan zur Tötung all jener, die ihm im Laufe seines Lebens nicht genügend Beachtung geschenkt hätten. Er rief zum „Krieg gegen Frauen“ auf als Rache dafür, dass diese ihm Sex vorenthalten hätten.

Sich direkt auf den Attentäter von Isla Vista beziehend, rief ein kanadischer Student im April 2018 die „Incel Rebellion“ aus. Mit einem gemieteten Van fuhr er durch eine Menge Passant*innen in der Innenstadt von Toronto. Zehn Menschen starben, weitere sechzehn wurden verletzt. Auch in Deutschland finden sich internationale Bezüge in die Szene. So spielte der Attentäter von Halle am 09. Oktober 2019 während seines versuchten Angriffs auf die Synagoge einen frauenverachtenden Song ab, der als Hommage an eben jenen Attentäter aus Toronto produziert wurde. In seinem Bekenntnis behauptet er, der Feminismus sei Schuld an der sinkenden Geburtenrate im Westen, die Ursache für die Massenimmigration sei. Er ergänzte, Schuld daran seien die Juden.⁰⁸ Ebenso gab er an, von dem extrem rechten Attentäter inspiriert worden zu sein, der am 15. März 2019 einen Terroranschlag auf zwei Moscheen im neuseeländischen Christchurch verübte. Dieser war aktiv in einschlägigen Online-Foren und veröffent-

lichte ein Pamphlet, das er mit „The Great Replacement“ betitelte und in dem er sich auf den norwegischen Attentäter als Vorbild bezog. Nicht zuletzt hatte auch der Attentäter, der am 19. Februar 2020 in Hanau neun Personen, denen er einen Migrationshintergrund zuschrieb, seine Mutter und sich selbst erschoss, ein Problem mit Frauen. Auch er veröffentlichte ein Dokument, in dem er neben seinem dominanten Rassismus antifeministische und misogyne Motive äußerte.

⁰¹ Vgl. Kemper, Andreas (Hrsg.) (2012). Die Maskulisten. Organisierter Antifeminismus im deutschsprachigen Raum. Münster: Unrast.

⁰² Vgl. Kimmel, Michael (2017). *Angry White Men. American Masculinity at the End of an Era* (2. Aufl.). New York: Bold Type Books.

⁰³ Gesterkamp, Thomas (2020). Maskulinisten-Mimikry. Gunda Werner Institut. URL: <https://www.gwi-boell.de/de/2020/12/21/maskulinisten-mimikry> (abgerufen am 16.12.2022).

⁰⁴ Vgl. Meuser, Michael (2010). *Geschlecht und Männlichkeit. Soziologische Theorie und kulturelle Deutungsmuster*. Wiesbaden: Springer Link.

⁰⁵ Vgl. Bratich, Jack/Banet-Weiser, Sarah (2019). From Pick-Up Artists to Incels: Confidence Games, Networked Misogyny, and the Failure of Neoliberalism. *International Journal of Communication*, 13, S. 5003–5027; DiBranco, Alex (2020). The Men's Rights Movement and Violence. Institute for Research on Male Supremacism. URL: <https://www.malesupremacism.org/2020/07/21/the-mens-rights-movement-and-violence/> (abgerufen am 16.12.2022); Ging, Debbie (2019). Alphas, Betas, and Incels: Theorizing the Masculinities of the Manosphere. *Men and Masculinities* 22 (4), S. 638–657.

⁰⁶ Vgl. Dittrich, Miro/Rathje, Jan (2020). Das Netzwerk rechter Onlinekulturen von #GamerGate zu „Alt Right“. *Antifaschistisches Infoblatt* 25 (4). URL: <https://www.antifainfoblatt.de/artikel/das-netzwerk-rechter-onlinekulturen-von-gamergate-zu-%E2%80%9Ealt-right> (abgerufen am 17.12.2022). Nagle, Angela (2017). Kill All Normies. *Online Culture Wars From 4Chan and Tumblr to Trump and the Alt-Right*. Alresford: John Hunt Publishing.

⁰⁷ Sourour, Teresa K. (1991). Report of Investigation. URL: www.diarmani.com/Montreal_Coroner's_Report.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

⁰⁸ Erb, Sebastian (2020). Das Netz des Attentäters. Der Anschlag von Stephan Balliet in Halle und wie sein Video und >>Manifest<< im Internet verbreitet werden. In: Baeck, Jean-Philipp/Speit, Andreas (Hrsg.) *Rechte Ego-Shooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat*. Berlin: Christoph Links Verlag.

Unter **PICK UP-ARTISTS** (zu Deutsch in etwa „Verführungskünstler“) werden Männer verstanden, die mit häufig grenzüberschreitenden und manipulativen Techniken versuchen, Sex mit Frauen zu haben. Frauen sind für *Pick Up-Artists* in der Regel bloß Herausforderungen – Objekte, die es zu erobern und zu besitzen gilt. Der Akt der Verführung wird dementsprechend als „Game“ bezeichnet. Die Pick Up-Community ist relativ groß: Es gibt Telegram-Kanäle, Webseiten mit Flirttipps, Seminare, Coachings uvm. Diese sind oft professionell organisiert, sodass sie zunächst vermeintlich harmlos und seriös wirken. Dahinter verbirgt sich jedoch eine sexistische und misogynen Kultur, die Frauen zu Objekten degradiert und sexualisierte Gewalt verharmlost.

MGTOW - kurz für „men going their own way“ – ist die kleinste Gruppierung innerhalb der *Manosphere*. Dennoch sollte ihr Gefährdungspotential nicht unterschätzt werden. Wie der Name andeutet, versammeln sich hierunter (heterosexuelle cis) Männer, die ein Leben ohne Frauen führen wollen und diese schrittweise aus ihrem Leben ausschließen. Dadurch schaffen sie eine Parallelwelt, in der, ähnlich zur mythopoetischen Bewegung, die männliche Gemeinschaft im Vordergrund steht.

INCEL steht für „involuntarily celibate“. Der, bzw. die erste *Incel* war die kanadische, queere Studentin Alana, die nach jahrelanger Suche nach einer Partnerin 1993 einen Blog über ihr „unfreiwillig zölibatäres“ Leben startete. Daraus entstanden verschiedene Ableger, von denen heute nur noch wenige das ursprüngliche Anliegen von Alana teilen. Die meisten *Incels* finden sich heute auf Imageboards wie 4chan sowie dem Social-News-Aggregator Reddit. *Incels* haben eine eigene Sprache, Kultur und Glaubenssätze entwickelt, die auf Vorstellungen einer natürlichen Ungleichheit beruhen. Ihre Verachtung richtet sich sowohl gegen andere, vermeintlich attraktivere, erfolgreichere Männer (sogenannte „Alphas“), als auch gegen Frauen im Allgemeinen. Frauen seien – aufgrund von Emanzipation und Feminismus – nur auf das Äußere des Mannes bedacht und würden daher nur mit „Alpha-Männern“ schlafen. Die Frustration über das Fehlen wertschätzender, romantischer und sexueller Beziehungen verbunden mit der Ideologie der „Red Pill“ steigert sich hier zu einem generalisierten Frauenhass. Die Verachtung gegenüber selbstbewussten Frauen und anderen Feindbildern tritt dann als offener Vernichtungswille zutage. Das Töten des unerreichbaren Weiblichen wird im Falle der *Incel*-Attentäter zum ultimativen männlichen Initiationsritual.

Die extreme Rechte vertritt ein Geschlechterbild, das auf der Annahme einer quasi-natürlichen Ordnung beruht. Geschlecht und Sexualität werden essentialisiert und heteronormativ gerahmt. Während die darauf aufbauenden konservativen Geschlechterrollen durch ihre eindeutige Rollenzuweisung und Erwartungen auf einige Menschen attraktiv wirken mögen, gibt es auch innerhalb rechter Bewegungen immer wieder Frauen, die sich über den damit einhergehenden Sexismus beschweren und dagegen organisieren. Solche Bestrebungen finden jedoch in der Regel wenig Gehör und werden schnell unterbunden.⁰¹ In den letzten Jahren bot v.a. die Thematisierung sexualisierter Gewalt Frauen in der extremen Rechten eine Möglichkeit, sich vermeintlich für Frauenrechte zu engagieren, ohne allzu stark bei den männlichen Kameraden anzuecken. [-> Hintergrund Seite 22]

So werden Sexismus und sexualisierte Gewalt im Inneren ausgeblendet und stattdessen ins Außen auf rassifizierte Personen projiziert. Es seien insbesondere muslimische und Schwarze Migranten und geflüchtete Menschen, die vermeintlich eine Bedrohung für die (weiße, deutsche) Frau darstellen. Sexismus und sexualisierte Gewalt seien demnach nicht Teil der Dominanzgesellschaft, sondern durch Migration bloß „importiert“. Eine solche Ethnisierung von Sexismus und sexualisierter Gewalt wird auch als „Ethnosexismus“ bezeichnet.⁰²

Zwar wird durchaus eingeräumt, dass auch weiße Männer sexistisch sein können. Ihr Sexismus wird jedoch als unbeholfenes Flirtverhalten oder Kavaliersdelikt heruntergespielt, gegen welche die emanzipier-

te Frau von heute sich selbst wehren könne. Dem vermeintlich „importierten“ Sexismus wird dagegen eine andere Qualität zugeschrieben. Dieser sei nicht bloß rückständig, sondern wird als aggressiver Übergriff und häufig aus Gruppen heraus verübte Gewalt dargestellt.⁰³ [-> Hintergrund Seite 22]

In der Debatte über sexualisierte Gewalt wird das ambivalente Geschlechterverhältnis des aktuellen Rechtsextremismus deutlich: Einerseits verstehen sich die Frauen der extremen Rechten zusehends nicht bloß als traditionell, sondern auch als stark und emanzipiert. Andererseits sollen sie vor sexuellen Übergriffen und migrantisierten Tätern geschützt werden.⁰⁴ Daraus folgt, dass das „zerstörerische Potenzial, von dem Frauen* durch das Patriarchat an sich bedroht sind, [...] in einen guten und einen schlechten Teil gespalten [wird]: Die männliche, angeblich naturgegebene triebgesteuerte Aggressivität wird in ihren negativen Teilen ›den Anderen‹ zugeschrieben, sie wird an nicht-weiße, insbesondere muslimische Männer delegiert. Der andere Teil wird positiv als starkes und beschützendes Potenzial gewertet, das durchaus zerstörerisch ist, dennoch ›unsere Frauen‹ schützen und den Feind vernichten kann.“⁰⁵

Hierzu sei es nötig, dass der weiße Mann seine Männlichkeit wiederentdecke und wehrhaft werde, wie es der Thüringer Fraktionsvorsitzende der AfD Björn Höcke bereits 2015 forderte. Eine Forderung, die auch über das rechte Spektrum hinaus attraktiv scheint.⁰⁶

Hier findet wiederum ein nahtloser Übergang zum Verschwörungsnar-

rativ vom „Großen Austausch“ statt.

Damit zeigt sich eine zweite Ambivalenz in den Diskursen um Geschlecht, Sexualität und Feminismus: Einerseits sei der moderne Feminismus Schuld an der zunehmenden Dekadenz westlicher Gesellschaften, andererseits seien die Werte der Aufklärung und Emanzipation durch Immigration in Gefahr. Die extreme Rechte bewegt sich demnach gezielt zwischen zwei Polen: Einerseits werden Frauenrechte instrumentalisiert, um rassistische Ressentiments zu bedienen. Andererseits werden antifeministische Narrative genutzt, um patriarchale Geschlechternormen zu festigen und möglichst breitenwirksam gegen Gleichstellungspolitik mobil zu machen.

⁰¹ Vgl. Birsl, Ursula (Hrsg.) (2011). *Rechtsextremismus und Gender*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

⁰² Vgl. Dietze, Gabriele (2018). *Rechtspopulismus und Geschlecht. Paradox und Leitmotiv*. In: *femina politica* 27 (1), S. 34–44.

⁰³ Vgl. Jäger, Margret et al. (2019). #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream. Düsseldorf: Forschungsinstitut für gesellschaftliche Weiterentwicklung (e.V.i.L.).

⁰⁴ Vgl. Haas, Julia (2020). „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta-Press.

⁰⁵ AK FE.IN (2019): *Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*. Berlin: Verbrecher Verlag.

⁰⁶ Vgl. Ginsburg, Tobias (2021). *Die letzten Männer des Westens. Antifeministen, rechte Männerbünde und die Krieger des Patriarchats*. Hamburg: Rowohlt.

Im Jahr 2018 machte die **120 DEZIBEL**-Kampagne, getragen von Aktivistinnen der sogenannten *Identitären Bewegung*, Schlagzeilen. Die selbsternannten „Töchter Europas“ versuchten eine Hashtagkampagne zu starten, die sexualisierte Gewalt als importiertes Problem darstellte. Die Kampagne selbst verlief im Sande, jedoch folgte wenig später das inoffizielle und bis heute aktive Nachfolgeprojekt der Frauengruppe *Lukreta*. Die Initiative hat sich im Sommer 2019 gegründet und beschreibt sich selbst als „Initiative für Frauenrechte und gegen die Verdrängung der Frau aus dem öffentlichen Raum“.⁰¹ Der politische Fokus von **LUKRETA** liegt auf der Sichtbarmachung sexualisierter Gewalt durch als muslimisch markierte Männer sowie den als „importiert verstandenen Sexismus und dessen Folgen für vor allem „westliche“ Frauen. Die Gruppe organisiert Aktionen im öffentlichen Raum, u.a. zum Thema Femizide. Die Aktionen werden medial aufbereitet und online über Instagram und andere Kanäle geteilt. Die Akteurinnen sind teils (Ex-)Identitäre, Aktive in der *Jungen Alternative* (Jugendorganisation der AfD) oder stammen aus völkischen Familienbünden und sind somit gut in der rechten Szene vernetzt.⁰²

⁰¹ Vgl. Lukreta Official (YouTube). URL: <https://www.youtube.com/@lukretaofficial741/about> (aufgerufen am 20.08.2022).

⁰² Vgl. Wielens, Alia (2019). „Wo bleibt euer Aufschrei?“ Rassistische Umdeutungen von #aufschrei und #metoo durch Identitäre Frauen. In: *femina politica*, 1, S. 111-120.

STATISTIKEN ZU SEXUALISierter GEWALT IN DEUTSCHLAND⁰¹

Im Jahr 2021 wurden insgesamt rund 5,05 Millionen Straftaten in Deutschland erfasst. Rund 106.700 dieser Fälle ließen sich den Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung zuordnen, den sogenannten Sexualdelikten. Es wird davon ausgegangen, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt. Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS 2021) zeigt insbesondere im Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung wie auch im Bereich der Tötungsdelikte im Zusammenhang mit Sexualdelikten, dass weibliche Opfer häufig in einer romantischen oder familiären Beziehung zum (i.d.R. männlichen) Täter standen. Bisher gibt es keine offizielle Statistik, die explizit Femizide erfasst. Jedoch starben laut BKA im Jahr 2020 139 Frauen aufgrund von sogenannter „Partnerschaftsgewalt“. Die Anzahl versuchter Tötungen beträgt etwa das dreifache. Das bedeutet, dass jeden Tag ein Mann versucht, seine (Ex-)Partnerin zu töten und dies etwa jeden dritten Tag auch gelingt. Die Zahl der Opfer sogenannter Partnerschaftsgewalt steigt dabei jährlich an, zuletzt um fast 5%. Die Opfer sind in 80,5% der Fälle weiblich, die Täter zu rund 79% männlich.

Unter den Tätern haben rund ein Drittel keine deutsche Staatsangehörigkeit, was von Akteur*innen der extremen Rechten häufig rassistisch instrumentalisiert wird. Soziologische Analysen zeigen jedoch, dass die höhere Gewaltbelastung unter Migrant*innen nur teilweise mit Herkunftsmerkmalen wie Werten, Normen und Geschlechterrollen erklärt werden kann. Als deutlich relevanter erweisen sich sozioökonomische Belastungsfaktoren, mangelnde Ressourcen und das Alter der Tatverdächtigen.

Bei Gewalttaten gegen Frauen geht es in der Regel weniger um Triebabfuhr, sondern um Macht. Sexualisierte Gewalt fußt auf sexistischen Grundannahmen und patriarchalen Besitzansprüchen von Männern an Frauen. Patriarchale Machtverhältnisse bestehen jedoch nicht nur zwischen individuellen Menschen, sondern sind auch institutionell verankert und zeigen sich bspw. in der medialen Verharmlosung von Femiziden, staatlichen Abtreibungsverboten und der Ablehnung von Gleichstellungsmaßnahmen.

⁰¹ Hinweis: Die polizeilichen Kriminalstatistiken arbeiten mit einer binären Geschlechtererfassung. Im Folgenden kann daher nur über männliche und weibliche Opfer/Täter*innen berichtet werden.

In den vergangenen zehn Jahren lässt sich eine Zunahme queerfeindlicher Antifeminismen beobachten.⁰¹ Dabei gehen insbesondere christliche Fundamentalist*innen, aber auch andere konservative bis extrem rechte Akteur*innen gegen die Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt vor.

Mit dem Kampfbegriff der „Gender-Ideologie“ stellen diese Akteur*innen die Aufklärung über queere Lebensweisen sowie die rechtliche Gleichstellung queerer Einzelpersonen und Familien als bedrohliches Umerziehungsprogramm einer liberalen Elite dar.

Erste große Proteste entzündeten sich 2014 in Stuttgart. Mit diversen Demonstrationen und einer Petition gingen zahlreiche Antifeminist*innen zunächst als *Besorgte Eltern*, später unter dem Label *Demos für alle* gegen die sexualpädagogischen Vorhaben im Baden-Württembergischen Bildungsplan 2015 vor. Vielfach kritisiert wurde ebenfalls die 2018 erschienene Berliner Kita-Broschüre *Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben*.⁰²

Ein zentraler Vorwurf gegen die Sexualpädagogik der Vielfalt ist dabei die unterstellte „Frühsexualisierung“ der Kinder. Befürworter*innen dieses Vorwurfes befürchten dabei, dass die Kinder verfrüht und nicht altersgerecht mit sexualitätsbezogenen Themen konfrontiert würden. Sie argumentieren, die Kinder würden in ihrem vermeintlich „natürlichen

Schamempfinden“ verletzt und damit für sexuelle Übergriffe empfänglich gemacht. Überdies bestehe die Gefahr, Kinder durch Informationen zu vielfältigen Geschlechtsidentitäten und sexuellen Orientierungen in ihrer eigenen geschlechtlichen und sexuellen Selbstdefinition zu verwirren.⁰³

Tatsächlich orientieren sich die Themen und Methoden der Sexualpädagogik insbesondere im Kita- und Grundschulalter eng am jeweiligen Entwicklungsstand der Kinder.⁰⁴ Die Pädagog*innen greifen Fragen auf, die die Kinder selbst mitbringen und unterstützen sie in ihrer körperlichen Selbstwahrnehmung. Gerade die Fähigkeit zur Wahrnehmung und Benennung aller Körperregionen sowie der eigenen Grenzen gilt heute als zentrales Mittel in der Prävention und Aufklärung von sexualisierter Gewalt an Kindern.⁰⁵ Die sexuelle und geschlechtliche Selbstdefinition ändert sich dadurch nicht.

Dennoch halten sich die Vorbehalte gegen Sexualpädagogik bei vielen Eltern. Oftmals empfiehlt es sich, bereits im Vorfeld einer Maßnahme das Gespräch zu suchen und offen über Inhalte, Methoden und Ziele der sexualpädagogischen Lerneinheiten zu sprechen.

Ein weiteres antifeministisches Mobilisierungsfeld war bis 2017 die „Ehe für alle“ und die damit verbundene rechtliche Erleichterung queerer Elternschaft durch Stiefkindadoption. Auch hier waren die *Demos für alle*

ein öffentlich sichtbarer Ausdruck. Rechte und fundamental-christliche Akteur*innen vernetzen sich überdies international zu diesem Thema im *World Congress of Families*.

Insbesondere fundamentalchristliche und konservative Akteur*innen sehen in der Gleichstellung queerer Familien einen Angriff auf die heterosexuelle Kleinfamilie als „Keimzelle der Gesellschaft“. Oftmals wird auch mit dem vermeintlichen Kindeswohl argumentiert. Besonders hartnäckig hält sich die Ansicht: „Kinder brauchen Mutter und Vater.“ Gegen schwule Väter halten sich Vorwürfe der sexualisierten Gewalt, während zugleich die Beeinflussung der Kinder hinsichtlich ihrer eigenen sexuellen Identität befürchtet wird.

Seit 2017 dürfen gleichgeschlechtliche Paare in Deutschland heiraten. Anders als bei heterosexuellen Ehen gilt jedoch die*der Ehepartner*in bei der Geburt eines Kindes nicht automatisch als Elternteil des gemeinsamen Kindes. Im Falle schwuler Väter müssen beide ein Adoptionsverfahren durchlaufen, bei lesbischen Müttern muss die Nicht-Gebärende die sogenannte „Stiefkindadoption“ beantragen. Nach wie vor sind queere Eltern damit nicht gleichgestellt.⁰⁶ Bezüglich des Kindeswohls zeigen Studien, dass das Geschlecht der Sorgetragenden auf die kindliche Entwicklung keinen Einfluss hat. Auch die sexuelle Orientierung ändert sich durch die Begleitung durch queere Bezugspersonen nicht. Jedoch sind sich Menschen aus quee-

ren Familien eher ihrer sexuellen Identität sicher, da sie sich tendenziell offener mit dieser Frage auseinandersetzen.⁰⁷

Aktuell wird insbesondere der Vorstoß zu einem geschlechtlichen Selbstbestimmungsrecht im Koalitionsvertrag aus einer antifeministischen Perspektive heraus kritisiert. Kern des Vorhabens ist die Ermöglichung der Personenstandsänderung durch Selbstauskunft. Kritiker*innen befürchten die vermeintliche Beliebigkeit des Geschlechtseintrages. Die Änderung des Personenstandes könne dann von cis Männern genutzt werden, um sich Zugang zu separierten Frauenräumen wie Toiletten oder Umkleidekabinen zu verschaffen. Überdies befürchten sie, dass Jugendliche ohne genauere Kenntnisse Zugang zu hormonellen Produkten und geschlechtsangleichenden Operationen bekommen könnten.

Die bisherigen Regelungen sind in dem vierzig Jahre alten, sogenannten „Transsexuellengesetz“ (TSG) festgelegt. Noch bis 2011 mussten sich Menschen zur Änderung ihres Personenstandes sowie des Vornamens von zwei Mediziner*innen oder Therapeut*innen über mehrere Monate begutachten lassen. Sie durften nicht verheiratet und nicht mehr fortpflanzungsfähig sein. Überdies mussten sie sich einer geschlechtsangleichenden Operation unterziehen. Während ein Großteil dieser Regelungen vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärt wurden, müssen nach wie vor zwei medizinische Gutachten zur Änderung des Personenstandes vorgelegt werden. Dieser Begutachtungsprozess wird von vielen Betroffenen als extrem demütigend und entmündigend empfunden.⁰⁸

Während der Personenstand weder beim Zugang zu Toiletten noch zu Umkleiden kontrolliert wird und die Abgabe medizinischer Produkte und Operationen stets durch medizinisches Fachpersonal geprüft und begleitet wird, würde die Personenstandsänderung durch Selbstauskunft vielen trans* Personen die rechtliche Anerkennung ihres tatsächlichen – gelebten – Geschlechtes ermöglichen und sie damit in ihrer geschlechtlichen Identität stärken.

01 Manche bezeichnen dieses Phänomen auch als „Antigenderismus“. Ein lesenswerter Sammelband zu dazu ist Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hrsg.) (2015). Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen, Bielefeld: Transcript. Da es sich bei „Genderismus“ jedoch um einen rechten Kampfbegriff handelt, wollen wir diesen nicht übernehmen.

02 Nordt, Stephanie/Kugler, Thomas (2018). Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik. Handreichung für pädagogische Fachkräfte der Kindertagesbetreuung. Berlin. URL: https://www.queerformat.de/wp-content/uploads/mat_kita_QF-Kita-Handreichung-2018.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

03 Vgl. Laumann, Vivian/Debus, Katharina (2018). „Frühsexualisierung“ und „Umerziehung“? Pädagogisches Handeln in Zeiten antifeministischer Organisation und Stimmungsmache. In: Lang, Juliana/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung, Hamburg: Marta-Press, S. 275-301.

04 Vgl. Pro Familia (o.J.). Sexuelle Bildung. URL: <https://www.profamilia.de/fachinfos/nach-themen/sexuelle-bildung> (abgerufen am 17.12.2022).

05 Vgl. Böhm, Irene (2012). Zum Verhältnis von Prävention und rechtsbasierter Sexualpädagogik. In: Pro Familia (Hrsg.): Sexuelle Grenzverletzungen und sexualisierte Gewalt im Blick neuer Forschung, S. 12-17. URL: <https://www.profamilia.de/fileadmin/publikationen/Fachpublikationen/> (abgerufen am 19.12.2022).

06 Im aktuellen Koalitionsvertrag wurde die Abschaffung der Stiefkindadoption für die nicht-gebärende Mutter vereinbart.

07 Vgl. Farr, Rachel H./Bruun, Samuel T./Doss, Kathleen M./Patterson, Charlotte J (2017). Children's Gender-Typed Behavior from Early to Middle Childhood in Adoptive Families with Lesbian, Gay, and Heterosexual Parents. In: Sex Roles 78, S. 528-541; Schmitt-Sausen, Nora 2009: Studie. Kindern gleichgeschlechtlicher Eltern geht es gut. In: Deutsches Ärzteblatt 106: 41. URL: <https://www.aerzteblatt.de/archiv/66250/Studie-Kindern-gleichgeschlechtlicher-Eltern-geht-es-gut> (abgerufen am 17.12.2022).

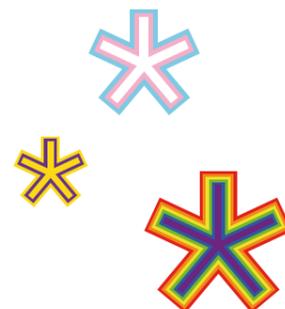
08 Vgl. Bundesverband Trans*/Lesben- und Schwulenverband Deutschland (2022) (Hrsg.). Soll Geschlecht jetzt abgeschafft werden? 12 Antworten auf Fragen zum Thema Selbstbestimmungsgesetz und Trans*geschlechtlichkeit. URL: <https://www.bundesverband-trans.de/wp-content/uploads/2022/06/Soll-Geschlecht-jetzt-abgeschafft-werden-BVT-und-LSVD-2.-aktualisierte-Fassung-online.pdf> (abgerufen am 17.12.2022).

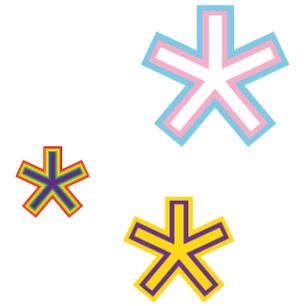
„**GENDER**“ bezeichnet in der feministischen Theorie das „soziale“ Geschlecht. Es wird häufig in Abgrenzung zum bei der aufgrund körperlicher Merkmale zugewiesenen Geschlecht, das mit „sex“ bezeichnet wird, verwendet. Prägend für die Unterscheidung zwischen „sex“ und „gender“ war die*der US-amerikanische*r Soziolog*in Judith Butler mit dem Buch „Das Unbehagen der Geschlechter“ im Jahr 1990.

Anders als der Name vermuten lässt, handelt es sich keinesfalls um eine **DEMO FÜR ALLE**. Der Name der Organisation wurde von der französischen *Manif pour tous* übernommen, mit der 2012 gegen die Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare protestiert wurde. In Deutschland hatten die *Demos für alle* ihre Hochphase um das Jahr 2014. Unter dem Slogan „Stoppt die Gender-Ideologie!“ richteten sie sich gegen die Sexualpädagogik der Vielfalt, die Ehe für alle sowie gegen Gender Mainstreaming und Gender Studies. Ihre Organisator*innen entstammten vornehmlich dem fundamentalchristlichen, teilweise auch dem neurechten Lager. Eine bekannte Mitorganisatorin ist die AfD-Abgeordnete Beatrix von Storch.

SEXUALPÄDAGOGIK DER VIelfALT Diese Pädagogik befasst sich mit der altersgerechten Thematisierung von Geschlecht und Sexualität von der Kita bis in das Erwachsenenalter. Dabei werden unterschiedliche geschlechtliche Identitäten ebenso eingeschlossen wie diverse Formen des Begehrens. Neben den klassischen Themen Schwangerschaft, Menstruation und Verhütungsmethoden geht es dabei auch um das Kennenlernen des eigenen Körpers und um Konsens.

Der **WORLD CONGRESS OF FAMILIES** ist ein internationales Netzwerk konservativer, extrem rechter und (fundamental-) christlicher Akteur*innen aus Politik und Kirchen. Es wurde 1997 in den USA gegründet und verfolgt das Ziel, die heterosexuelle Mehrkinderfamilie gegen ihre vermeintlichen „Feinde“ zu schützen. Das politische Mittel dieses Netzwerkes ist vor allem die Lobbyarbeit. Annähernd jährlich findet jeweils in einem anderen Land ein gemeinsames Treffen statt.





„Ein Kernelement Sexueller Bildung ist das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Das bedeutet, Kindern zu vermitteln, dass jeder Mensch das Recht hat, über den eigenen Körper zu bestimmen.“

Derzeit wird in der Gesellschaft viel über „Frühsexualisierung“ in Kitas debattiert. Wie nehmt ihr diese Debatten wahr?

Wir bieten im Familienplanungszentrum Fortbildungen für Fachkräfte, Elternabende und Beratungen an – da erleben wir, dass Eltern und Fachkräfte offen für das Thema Sexuelle Bildung in der Kita sind, wenn wir erklären, was damit gemeint ist. In diesem Kontext begegnet uns der Begriff Frühsexualisierung nicht.

Viele Menschen verorten Sexuaufklärung in der Pubertät und merken dann im Familienalltag oder in der Praxis, dass Kinder sich schon viel früher mit diesen Themen beschäftigen. Allerdings unterscheidet sich kindliche Sexualität deutlich von der Erwachsener: Kinder sind neugierig, interessiert am eigenen Körper und am Körper anderer Kinder und stellen Fragen, z.B. wo die Babys herkommen oder wie „das da unten“ heißt.

Die meisten Eltern und Fachkräfte möchten Kinder bei diesem Thema gut begleiten und stärken. Gleichzeitig sind sich viele unsicher, wie sie nun genau auf die Fragen oder das Verhalten eines Kindes eingehen sollen.

Überhaupt ist ja der Begriff „Frühsexualisierung“ inzwischen eher zu einem antifeministischen Kampfbegriff geworden. Welche Begriffe und Konzepte nutzt ihr für eure Arbeit?

Wir nutzen die Begriffe Sexuelle Bildung oder Sexualpädagogik.

Ein Kernelement Sexueller Bildung ist das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Das bedeutet, Kindern zu vermitteln, dass jeder Mensch das Recht hat, über den eigenen Körper zu bestimmen: „Wer dich anfasst, wer dich umarmt, küsst oder nackt sieht, bestimmst du selber. Wenn dich jemand überreden möchte, ist das nicht in Ordnung. Du darfst Nein sagen. Du kannst Hilfe holen.“

Ein Ziel ist, Kinder zu stärken, einen positiven Bezug zu ihrem Körper und ihren Gefühlen zu entwickeln. So können sie lernen, eigene Grenzen zu setzen und Grenzen anderer Kinder zu erkennen und zu beachten. Dies ist ein wichtiger Baustein in der Prävention sexualisierter Gewalt.

Außerdem geht es darum, Kinder in ihrer Identitätsfindung zu unterstützen, z.B. beim Thema Annahme des eigenen Körpers oder der Entwicklung ihrer Geschlechtsidentität.

Kinder, die erleben, dass sie angenommen werden so wie sie sind, entwickeln mehr Resilienz und gehen gestärkt ins weitere Leben.

VII. Antifeminismus als Scharnier

Es gibt viele Vorstellungen und vor allem Unterstellungen, was genau Sexualerziehung in der Kita eigentlich ist. Beschreibt doch bitte mal, was konkret ihr einer Kita empfiehlt.

Wir empfehlen als ersten Schritt, dass eine Kita sich mit kindlicher Sexualität beschäftigt: Wo ist das Thema bei uns in der Einrichtung präsent? Dafür ist es notwendig, sich mit der psychosexuellen Entwicklung von Kindern auszukennen und zu wissen, welche Entwicklungsschritte Kinder typischerweise in einem bestimmten Alter machen.

Zu Beginn sind der Körper und die Sinne für die kindliche Entwicklung zentral, später kommt die Ausscheidungserfahrung und -kontrolle hinzu und ab ca. 3 Jahren sind dann Körpererkundungsspiele für viele Kinder interessant. Auch die Frage, woher die Babys kommen, beschäftigt Kinder. Im zweiten Schritt empfehlen wir eine Reflexion der eigenen Haltung, z.B. zum Thema Sprache. Wie begleitet eine Kita die Kinder sprachlich, z.B. bei der Benennung der Genitalien? Eine Sprache für die Genitalien zu haben ist wichtig, um den ganzen Körper kennenzulernen und einen positiven Bezug zu haben. Zudem ist dies eine wichtige Voraussetzung, um Hilfe holen zu können, wenn ein Kind einen sexuellen Übergriff erlebt.

Sexuelle Bildung orientiert sich immer am Alter, Entwicklungsstand und den individuellen Fragen der Kinder. Das bedeutet u.a. kindgerecht, aber ehrlich auf Fragen von Kindern zu antworten oder Regeln für Körpererkundungsspiele zu vermitteln, damit es nicht zu Grenzverletzungen kommt. Wir empfehlen auch, dass vielfältige Lebensweisen als Thema in der Kita präsent sind. So können alle Kinder sich und ihre Familie wiederfinden, auch die, die mit einem Elternteil, zwei Mamas oder fünf Geschwistern leben. Sie erfahren: „Meine Familie ist gut, so wie sie ist.“ Das ist auch ein Bildungsbeitrag, damit Kinder unsere Welt kennenlernen und wir ihnen zeigen: Es ist normal, verschieden zu sein. Alle haben die gleichen Rechte und alle sind wertvoll.

Das ganze Thema ist ja nicht nur für Erzieher*innen und Lehrer*innen schwierig, sondern auch für Eltern. Habt ihr ein paar ganz allgemeine Tipps und Anlaufstellen?

Aufklärung ist nicht „das eine Gespräch“, sondern viele kleine Situationen im Familienalltag – von der Geburt bis ins Teenageralter.

Es gibt nicht den einen richtigen Weg der Sexualerziehung in der Familie. Eltern haben ihre eigene Geschichte mit dem Thema. Manche haben gute Vorbilder und ihnen fällt es deshalb vielleicht leichter, es in ihre Erziehung einzubauen. Für andere ist das Thema schwieriger.

Eltern können sich fragen: Was möchte ich meinem Kind zum Thema Körper, Gefühle und Sexualität mit auf den Weg geben? Wie kann ich diese Botschaften vermitteln? Tue ich das mit meinem Handeln bereits? Oder fällt es mir an manchen Stellen schwer? Dann können Eltern Unterstützung bekommen, z.B. bei uns oder anderen Beratungsstellen in Hamburg. Auf einer Webseite, die Hamburger Beratungsstellen gemeinsam erstellt haben, können Eltern Antworten finden:

<https://elternfragen.org>

Kita-Fachkräfte können Unterstützung bekommen, indem sie Studientage machen oder Fachberatungen in Anspruch nehmen. Außerdem gibt es in Hamburg seit 12 Jahren eine berufsbegleitende Weiterbildung zur sexualpädagogischen Fachkraft für Kitas, die der Paritätische Hamburg und das Sozialpädagogische Fortbildungszentrum (SPFZ) anbieten.

Viele gute Kinderbücher können die Sexuelle Bildung und Prävention von sexualisierter Gewalt unterstützen. Wir beraten gerne zu passenden Büchern oder geben eine Literaturliste an interessierte Menschen weiter.

Wir ermutigen Fachkräfte und Eltern, mit Kindern zu den Themen Körper, Gefühle und Sexualität im Gespräch und im Kontakt zu bleiben.

Das ist wichtig, damit sie ihnen Werte wie Selbstbestimmung mitgeben können, aber auch, damit Kinder wissen, dass sie sich mit diesen Themen an die Erwachsenen wenden können.

Unsere Interviewpartner*innen **JOHANNA SPLETTSTÖBER** und **ANNICA PETRI** sind Sexualpädagog*innen im *Familienplanungszentrum e.V.*

**FAMILIEN
PLANUNGS
ZENTRUM**

www.familienplanungszentrum.de

Antifeministische Positionen finden sich in verschiedenen politischen Spektren. Eine besondere Verbindung besteht zwischen extrem rechten und fundamental-christlichen Familien- und Geschlechterbildern, auf Grundlage derer eine gemeinsame antifeministische Agitation bis in breite gesellschaftliche Schichten möglich wird.

So basiert sowohl das extrem rechte als auch das fundamental-christliche Geschlechterverständnis auf einer unumgänglichen Zweigeschlechtlichkeit: „Es gibt Männer und Frauen und diese Zuordnung ist biologisch festgelegt.“ In einem nächsten Schritt wird die zwingende Notwendigkeit der Heterosexualität betont, die als einzige sexuelle Orientierung „natürlich“ oder „gottgewollt“ sei. Sie bildet die Voraussetzung für die heterosexuelle Familie als „Keimzelle der Gesellschaft“, die die gesellschaftliche Reproduktion sowohl biologisch als auch kulturell absichern soll. Den Geschlechterrollen kommt in der extremen und christlichen Rechten eine ordnende Wirkung zu: Sie weisen Frauen die reproduktive Sphäre um Haus und Kindererziehung zu, während Männer sich um Politik, Verteidigung sowie den Großteil der Erwerbstätigkeit kümmern sollen.⁰¹ Diese vermeintlich natürliche Ordnung wird auch von vielen konservativen oder sich als unpolitisch verstehenden Menschen als Leitbild geteilt.

Die Infragestellung der hier aufgeworfenen Ordnung durch queere und feministische Forderungen und Errungenschaften führt immer wieder zu antifeministischen Protesten, in denen sich extrem rechte, funda-

mental-christliche und konservative Akteur*innen vermischten.

So führte etwa die Implementierung des gleichstellungspolitischen Konzeptes *Gender Mainstreaming* auf EU-Ebene im Jahr 2006 zu heftigen Debatten im konservativen und extrem rechten Spektrum. Prominent warf der FAZ-Autor Volker Zastrow der Gleichstellungspolitik das Ziel einer „politischen Geschlechtsumwandlung“⁰² vor, während René Pfister im *Spiegel* die „Schaffung eines neuen Menschen“ durch *Gender Mainstreaming* befürchtete. Vielfach umgedeutet wurde dabei der bis dato im Deutschen (außerhalb feministischer und sozialwissenschaftlicher Kreise) wenig bekannte Begriff „Gender“, der das soziale Geschlecht einer Person – im Unterschied zum biologischen Geschlecht – beschreibt. Akteur*innen der sogenannten Neuen Rechten griffen den „Gender“-Begriff in der Folge auf und entwarfen das Bedrohungsszenario des „Genderismus“: Die Einführung des *Gender Mainstreaming* interpretierten sie dabei als Ausdruck eines vermeintlich omnipotenten Staatsfeminismus, der die geschlechtliche Ordnung auflösen und die heterosexuelle Kleinfamilie abschaffen wolle.⁰³

Um das Jahr 2014 begannen dann Proteste gegen den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg. Zunächst agitierten dabei vor allem fundamental-christliche Akteur*innen gegen die im Bildungsplan vorgesehene Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt an Schulen. Bald schon gehörte die neugegründete AfD zu den wichtigsten Unterstützenden der Proteste,

die mit Luftballons in rosa und blau – vermeintlich typischen „Mädchen- und Jungenfarben“ – betont auf Anschlussfähigkeit und Familienfreundlichkeit setzten. Auch der Name *Demo für Alle* suggerierte Offenheit. Inhaltlich griffen sie jedoch das neu-rechte Bild des „Genderismus“ auf: Die heterosexuelle Familie und insbesondere die Kinder würden durch Sexualpädagogik, *Gender Mainstreaming*, Gender Studies, gendergerechte Sprache sowie die „Ehe für alle“ bedroht und in ihren Rechten beschnitten.⁰⁴

Die Strategie des bunten, ansprechenden Auftretens hat sich im fundamental-christlichen Spektrum seit Beginn der 2000er Jahre durchgesetzt. Sie findet sich beispielsweise auch bei den sogenannten Märschen für das Leben, bei denen mit Luftballons und großen weißen Kreuzen gegen das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung demonstriert wird. Die Redner*innen geben sich dabei menschenfreundlich und betonen den vermeintlichen „Lebensschutz“. Das zugrunde liegende Argument ist dabei zumeist die vermeintlich göttliche Verfügungshoheit über „das Leben“, welches bereits mit Befruchtung der Eizelle beginne. Das Recht potenziell schwangerer Personen auf körperliche und reproduktive Selbstbestimmung tritt demgegenüber in den Hintergrund. Insbesondere mit der Betonung des „Lebensschutzes“ stoßen christliche Fundamentalist*innen dabei immer wieder auf Verständnis und Zustimmung aus breiten gesellschaftlichen Kreisen. Nach wie vor ist der Schwangerschaftsabbruch ein tabuisiertes und stigmatisiertes Thema, dem Nicht-Betroffene oft mit Argwohn begegnen.⁰⁵

Auch aus einer extrem rechten Perspektive werden Schwangerschaftsabbrüche tendenziell abgelehnt. Ihnen geht es dabei jedoch weniger um „göttliche Fügung“ als um bevölkerungspolitische Überlegungen: Die „Richtigen“, sprich: *weiße* Deutsche, sollen mehr Kinder bekommen, um die imaginierte Volksgemeinschaft zu erhalten. Dies gelte verstärkt im Angesicht von Migration und Einwanderung. Die AfD titelte beispielsweise im Wahlkampf 2017: „Mehr Kinder statt Masseneinwanderung“.

Wie die Debatten um Schwangerschaftsabbrüche, *Gender Mainstreaming* und Sexualpädagogik der Vielfalt gezeigt haben, ist Geschlechter- und Familienpolitik sowohl für Neurechte als auch für christliche FundamentalistInnen ein Themenfeld, in dem sie Anschluss an konservative – und damit gesellschaftlich breit akzeptierte – Kreise finden können. Es gilt daher, Antifeminismus auch als Einfallstor für reaktionäre Kräfte in den gesellschaftlichen Diskurs ernst zu nehmen.

01 Vgl. Lang, Juliane (2015). Familie und Vaterland. Der extrem rechte Diskurs um Gender. In: Hark, Sabine/Willa, Paula-Irene (Hrsg.): *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktuelle politischer Auseinandersetzungen*, Bielefeld: Transcript, S. 167-182.

02 Zastrow, Volker (2006). „Gender Mainstreaming“: Politische Geschlechtsumwandlung. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/gender-mainstreaming-politische-geschlechtsumwandlung-1327841.html> (abgerufen am 17.12.2022).

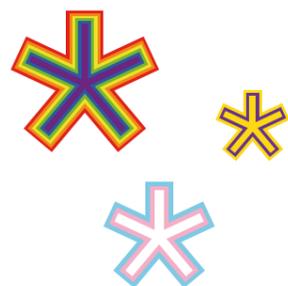
03 Vgl. AK FE.IN (2019). *Frauen*Rechte und Frauen*Hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*, Berlin: Verbrecher Verlag.

04 Vgl. Teidelbaum, Lucius (2015). „Kein Bildungsplan unter der Ideologie des Regenbogens“. In: Billmann, Lucie (Hrsg.): *Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 13. URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien8_Unheilige_Allianz.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

05 Vgl. Sanders, Eike/Achtelik, Kirsten/Jentsch, Ulli (2018). *Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der ‚Lebensschutz‘-Bewegung*, Berlin: Verbrecher Verlag.

Der Begriff **„NEUE RECHTE“** ist die Selbstbezeichnung einer intellektualisierten Strömung innerhalb der extremen Rechten. In der BRD entstand sie im Nachgang der parlamentarischen Misserfolge der NPD Ende der 1960er Jahre. Um gesellschaftlich und politisch an Einfluss zu gewinnen, nutzen neurechte Akteur*innen eine ‚metapolitische‘ Strategie. Das heißt, es wird versucht, über Sprache und Kultur im ‚vorpolitischen Raum‘ zu agieren und damit eine ‚Kulturrevolution von rechts‘ zu erreichen. Hierzu wird beispielweise eine gezielt anschlussfähige Sprache genutzt. Statt von ‚Rasse‘ sprechen sie von ‚Kultur‘, statt ‚Ausländer raus‘ wird ‚Ethnopluralismus‘ gefordert. Inhaltlich ändert sich jedoch wenig: Die Gesellschaft wird als ethnisch-homogene Volksgemeinschaft imaginiert, in der die jeweiligen Aufgaben geschlechtlich zugewiesen werden.

Die Behauptung eines **„GROSSEN AUSTAUSCHS“** ist eine Verschwörungserzählung. Diese besagt, dass es einen geheimen Plan gebe, die europäische als homogen und weiß konstruierte (einheimische) Bevölkerung durch eine geringe Geburtenrate und durch Einwanderung – insbesondere von Menschen aus sogenannten islamischen Ländern – zu unterwandern und „auszutauschen“. Für diese rassistischen Angstbilder werden Feminist*innen verantwortlich gemacht, die einerseits Schuld an einem behaupteten Rückgang der Geburtenrate hätten und als Frauen darüber hinaus angeblich migrationsfreundliche Parteien wählen würden. Dies alles sei Teil eines großen Plans, hinter dem entweder „die Eliten“ oder unverschleiert „die Juden“ vermutet werden. Bereits der ersten Frauenbewegung im Kaiserreich wurde vorgeworfen, für einen vermeintlichen Bevölkerungsrückgang verantwortlich zu sein, denn diese Behauptungen und Angstbilder waren schon um 1900 weit verbreitet. Die Verschwörungserzählung war bereits Grundlage verschiedener rechter Terroranschläge wie 2011 in Oslo und auf das sozialdemokratische Jugendcamp auf der Insel Utøya, bei dem Anschlag auf zwei Moscheen zu Beginn 2019 in Christchurch/Australien und bei dem Anschlag an Jom Kippur in Halle 2019, bei dem der Attentäter Jana L. auf offener Straße und Kevin L. in einem Dönerimbiss tötete, und zuvor nachdem er versucht hatte in die Synagoge einzudringen und die dort Betenden zu töten. An der Verschwörungserzählung und den Anschlägen zeigt sich auch die enge Verschränkung von Antifeminismus mit Rassismus und Antisemitismus.



„Antifeminismus ist eine Ideologie, die sich gegen feministische Politiken richtet. Dabei knüpft sie an Vorstellungen an, die weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft reichen.“

Aktuell gibt es viele Angriffe gegen sexuelle Selbstbestimmung und feministische Bestrebungen. Könnt ihr das bestätigen? Und wenn ja, von welchen Kreisen gehen diese aus?

Antifeminismus gibt es vermutlich seitdem es feministische Bestrebungen gibt und v.a. dann, wenn diese erfolgreich sind – so, wie bei der ersten Frauenbewegung zum Beispiel. Wir würden daher Antifeminismus immer auch als Backlash verstehen. Es ist festzustellen, dass Antifeminismus als gezieltes propagandistisches Mittel zur Mobilisierung durch rechte und extrem rechte Kreise zugenommen hat. Hier werden feministische Projekte und Politiken als Feindbild aufgebaut und verbreitet und dadurch unterschiedliche Kreise angesprochen. Dadurch werden antifeministische Narrative noch breiter diskutiert. Wir lernen aber auch mehr dazu, was die Zusammenhänge von Antifeminismus und extremer Rechter anbelangt und erkennen immer mehr, wie zentral Antifeminismus für den ideologischen Hintergrund von rechtem Terror ist, wie im Fall des Anschlags in Halle in 2019 oder in Hanau in 2020. Durch das Sichtbarwerden antifeministischer Motive für rechten Terror könnte man meinen, dass Antifeminismus tödlicher und gewaltförmiger wird. Wenn man sich jedoch vergegenwärtigt, dass jedes Jahr über 100 Frauen durch ihren (Ex-)Partner in Deutschland umgebracht werden und bedenkt welcher Gewalt Menschen ausgesetzt sind, die nicht der heteronormativen und binären Ordnung entsprechen, sieht man: Das ist leider nichts Neues. Es ist wichtig, diese Gewalt nicht zum „Privatproblem“ zu machen, sondern die gesellschaftliche Dimension dahinter zu sehen. Aber auch unterhalb dieser Schwelle werden Menschen und Einrichtungen durch antifeministische Angriffe eingeschränkt und bedroht: In Form von Hass und Bedrohungen in sozialen Medien, Einrichtungen, wie Frauenhäuser werden bedroht, ihre Adressen werden leaked, Universitäten müssen um die Legitimation der Gender Studies kämpfen, Fortschritte im Bereich geschlechtliche Vielfalt in der Bildung werden als vermeintliche „Frühsexualisierung“ bekämpft und behindert, usw. Diese Angriffe kommen zum Beispiel aus Zusammenhängen, die sich gegen die vermeintliche „Gender-Diktatur“ zu Wehr setzen und die Meinungsfreiheit bedroht sehen, wenn auf Websites von Behörden gegendert wird. Diese Narrative werden oft von konservativen Journalist*innen und Politiker*innen verbreitet. Eine nicht zu unterschätzende Gruppe besteht aus rechten Christ*innen, die ihre konservativen Familienstrukturen durch Regenbogenfamilien, gleichgeschlechtliche Ehen und Abtreibung (die „Lebensschützer“, z.B.) in Gefahr sehen. Einige folgen einem Verschwörungsnarrativ, nachdem Feminist*innen bestrebt seien, die Menschheit zu dezimieren. Dann gibt es die „Männerrechtler“, oder Maskulisten, die sich auch in Pickup- und Incel-Foren wiederfinden. Sie gehen von einer weitreichenden Benachteiligung von Männern und Jungen aus und wähen sich daher im Widerstand.

Antifeminismus gilt als Kitt, der die diversen rechten und konservativen Kreise zusammenhält. Was macht eine solche antifeministische Ideologie aus?

Vieles wurde oben schon genannt. Antifeminismus ist eine Ideologie, die sich gegen feministische Politiken richtet. Dabei knüpft sie an Vorstellungen an, die weit in die sogenannte Mitte der Gesellschaft reichen. Die antifeministische Geschlechterordnung ist aber auch immer zentral in rechter und extrem rechter Ideologie und die heteronormative Kleinfamilie ist immer Kern rechter Gesellschaftsordnung. Weit verbreitet ist da die Instrumentalisierung der Sorge um Kinder, um eine rechte Agenda zu pushen. Antifeminismus ist auch der Blick zurück zu vermeintlich „Natürlichem“, „Normalem“, dass es zu verteidigen gelte, verbunden mit der Hoffnung, dass alles gut werde, wenn der Feminismus überwunden ist. Das ist selbstverständlich genauso Quatsch, wie die Annahme, dass früher alles besser war. Dennoch ist diese „Bullerbü-Romantik“ weit verbreitet und schließt somit an rechte Ideologie sowie an breite Teile der Gesellschaft an.

Wie kann ich als Person auf solche Übergriffe reagieren? Habt ihr Tipps an wen ich mich wenden kann? Welche Beratungsstellen gibt es in Hamburg?

Es gibt in Hamburg Beratungs- und Anlaufstellen, wie Empower, die bei rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt beraten oder auch das Magnus-Hirschfeld-Centrum, dass bei Fragen zu sexueller Identität/Orientierung und bei Hasskriminalität berät. Das Projekt Read bietet außerdem Antidiskriminierungsberatung in Bezug auf Geschlecht und sexuelle Orientierung an. Darüber hinaus macht es Sinn sich auszutauschen mit Menschen, die einen empowern und dafür Räume zu suchen/schaffen, in denen das sicher stattfinden kann. Auch da können die genannten Beratungsstellen hilfreich sein. Allgemein halten wir es für wichtig, Antifeminismus und Betroffene ernst zu nehmen. Wir sollten aber auch feministische Erfolge feiern, uns nicht zu sehr von antifeministischen Angriffen ablenken lassen, sondern weiter für eine (geschlechter-)gerechtere Welt kämpfen.

Unsere Interviewpartner*in ist Mitarbeiter*in bei *Hamburg vernetzt gegen Rechts* <https://vernetztgegenrechts.hamburg>



VIII.

Ein kurzer Abriss feministischer Geschichte Der Kampf für Reproduktive Gerechtigkeit in Deutschland

Auch wenn feministische Themen seit ein paar Jahren in der Popkultur verarbeitet werden und Teil der massenmedialen Debatten geworden sind, darf nicht übersehen werden, dass die feministische Perspektive keine neue Erscheinung ist. Die Bewegung kann auf eine lange Historie und viele tolle, mutige Akteur*innen, Theorien und Aktionen zurückgreifen. Aber wo starten bei so einer langen und diversen Geschichte? Die Perspektive, die wir hier aufmachen ist sehr (west-)deutsch.

Häufig wird Olympe de Gouges als ein Startpunkt der Geschichte gefasst. Sie hat 1791 (kurz nach der französischen Revolution) die „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ verfasst und damit einen Grundstein für feministische Bewegungen gelegt. Was sich dann entwickelt, sind nun mehr als 230 Jahre anhaltende wechselhafte Geschichte, die mal in Wellen, mal in Strömungen, mal über Akteur*innen, mal über Zeitpunkte der Weltgeschichte dargestellt wird.

Viele der Kämpfe, die ausgefochten wurden, waren Kämpfe um Rechte, oder konkreter: um die rechtliche Gleichberechtigung von Frauen und queere Personen. Vieles, was wir heute für selbstverständlich erachten, wie etwa das Wahlrecht für Frauen oder die freie Wahl des Arbeitsplatzes, ist das Ergebnis feministischer Kämpfe.

Im Folgenden soll die Bewegungsgeschichte anhand der Proteste gegen einen ganz konkreten Paragraphen skizziert werden, der bereits seit dem Deutschen Kaiserreich besteht: Der §218 [-> [Hintergrund Seite 15](#)].

Gesetze gegen Schwangerschaftsabbrüche sind so alt, wie die moderne Gesetzgebung selbst. Bereits zur Zeit der französischen Revolution wurden die Rechte der Frau gegen den vermeintlichen Schutz der Familie ausgespielt.⁰¹ Mit der Gründung des Deutschen Reiches wurde im Jahr 1871 im bürgerlichen Reich-Strafgesetzbuches der §218 erlassen, der Abtreibung kriminalisiert. Der Kampf gegen diesen Paragraphen zieht sich wie ein „roter Faden [...] durch die (deutsche) Frauenbewegungsgeschichte.“⁰²

Wenn wir über „die feministische Bewegung“ sprechen, sollten wir die Ziele, Akteur*innen und Aktionsformen nicht homogenisieren, denn es gab schon immer unterschiedliche Positionen und Kämpfe um die „richtige“ soziale Sicht. Eine für die (deutsche) Frauenbewegung zentrale Konfliktebene war die zwischen der sogenannten bürgerlichen und der sozialistischen (respektive kommunistischen) Frauenbewegung. Sie prägten die Zeit vom Kaiserreich bis zum Ende der Weimarer Republik. Und auch beim Umgang mit dem Paragraph 218 wird dies deutlich. Während der Bund Deutscher Frau-

envereine (BDF) als Dachverband der bürgerlichen Frauenbewegung – auch aufgrund konfessioneller Mitgliedsvereine – mit einer eindeutigen und einheitlichen Positionierung zum §218 rang, kämpften die Sozialist*innen und Kommunist*innen seit jeher für die Streichung des Paragraphen. Doch auch der BDF engagierte sich für eine Reformulierung des §218. Im Jahr 1908 wurde eine Rechtskommission eingerichtet, die sich klar gegen die damalige Ausrichtung des Paragraphen als „vollständig das Gepräge eines Männerrechts“⁰³ positionierte. Der BDF forderte in seiner Rechtskommission eine Abmilderung des Paragraphen. Kritisiert wurde auch, dass das Gesetz vor allem deprivilegierte Schwangere betraf, da das Vergehen v.a. nach Denunziationen geahndet wurde. Eng verbunden wurde die körperliche Selbstbestimmung mit der allgemeinen Gleichstellung von Mann und Frau. Die bürgerliche Frauenrechtlerin Camilla Jellinek, die sowohl im Kaiserreich als auch in der Weimarer Republik aktiv war, sprach von der Notwendigkeit freier Entscheidung über die Austragung von Schwangerschaft für die Gleichstellung von Frauen.⁰⁴ In der Weimarer Republik liberalisierte sich die Position zu Schwangerschaftsabbrüchen, was auch mit dem Aufkommen der Sexualreformbewegung zu tun hatte. Der Kampf um aufgeklärte Sexualität wurde bereits damals eng mit dem Kampf gegen den §218 verbunden. Viele dieser Ideen finden sich heute

unter dem Begriff der „Reproduktiven Rechte“ wieder.

Die sozialistische und kommunistische Frauenbewegung verstand den Kampf gegen den §218 als Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus im Allgemeinen. Mit der Kampagne „Dein Körper gehört Dir!“ stellten sie insbesondere Abtreibung als Klassenfrage auf die politische Agenda. Illegalisierte Abtreibungen waren Teil der proletarischen Not, die aus den kapitalistischen Ausbeutungsverhältnissen herrührten. Reproduktion als Ganzes wurde konfliktuell thematisiert. Als antikapitalistische Aktion wurde im Jahr 1913 innerhalb der Arbeiter*innenschaft eine Debatte zur Durchführung eines Gebärtstriks geführt. Insbesondere gegen Ende der Weimarer Republik wurden große Demonstrationen gegen den §218 durchgeführt, die eine breite Bewegung hinter sich hatten. Bekannt sind dabei auch die Plakate der Künstlerin Käthe Kollwitz.

Die Zeit des Nationalsozialismus war für die bürgerliche, wie für die sozialistische Frauenbewegung eine Zäsur. Der §218 wurde in die rassenideologische Bevölkerungspolitik der Nationalsozialisten integriert.⁰⁵ Neben der Einführung der Todesstrafe für Personen, die Abtreibungen durchführten, wurden gleichzeitig Ausnahmen des Abtreibungsverbots für sogenannten „unwertes Leben“ erlassen.⁰⁶ So fanden beispielsweise Zwangsabtreibungen an Zwangsarbeiterinnen statt.⁰⁷ Hier wird nochmals in aller Brutalität deutlich, dass das Selbstverfügungsrecht über den eigenen Körper für (potentiell) Schwangere immer auf zwei Ebenen erkämpft werden muss, das heißt das Recht auf die selbstbestimmte Entscheidung für oder gegen die Fortführung einer Schwangerschaft.

In der Bundesrepublik Deutschland herrschte in den Anfangsjahren eine sehr rigide Sexualmoral. Der §218 wurde lediglich hinsichtlich der Todesstrafe entschärft. Insbesondere in den 1970er Jahren formierte sich erneut breiter Protest. Fest im bundesrepublikanischen Gedächtnis ist die Selbstbeziehungskampagne im Stern mit dem Titel „Wir haben abgetrieben!“ aus dem Jahr 1971 verankert. Doch auch viele weitere Gruppen und Organisationsformen gegen den §218 gründeten sich, wie etwa die *Aktion 218 Dortmund*, aus der heraus viele weitere Projekte wie ein Frauenzentrum heraus entstanden sind.⁰⁸ Der Kampf gegen das Abtreibungsverbot war für viele Aktivist*innen Startschuss für feministisches Handeln und die Basis einer autonomen feministischen Szene.

In der DDR war die Regelung hinsichtlich der Schwangerschaftsabbrüche ab den 1970er Jahren fortschrittlicher, auch aufgrund des Drucks von Frauen. Frauen konnten ab 1972 in den ersten 12 Wochen ohne Angabe von Gründen eine Schwangerschaft abbrechen, allerdings blieb das Thema Abtreibung dennoch weitgehend tabuisiert.⁰⁹ Die Frage des Abtreibungsrechts führte zu großen Debatten nach der Wende und war so auch Treiber einer gesamtdeutschen feministischen Bewegung. Zum 08. März 1994, dem internationalen Frauentag, wurde die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts 1993 zur Fristenlösung zum zentralen Thema des Streiks.¹⁰

Der Kampf um legale, sichere und kostenfreie Schwangerschaftsabbrüche stellt auch heute noch einen Ankerpunkt für feministische Bewegungen weltweit dar. Der Tag an dem der §219a des Strafgesetzbuches (das Werbeverbot von Ärzt*innen) in Deutschland gestrichen wurde, war der Tag an dem der Sup-

reme-Court in den USA das bundesweite Abtreibungsrecht kippte. Der Kampf um die körperliche Selbstbestimmung ist ein fortwährender Kampf. Auch die regressive Gesetzgebung in Polen führte zu solidarischen Praktiken und dem Aufbau von Care- und Supportstrukturen in Deutschland und Österreich. Es werden Schwangerschaftsabbrüche in Berlin oder Wien organisiert oder die Pille danach gesammelt, um sie nach Polen zu bringen. Besondere Aufmerksamkeit hat die Situation noch einmal bekommen, als schwangeren, ukrainischen Geflüchteten der Abbruch verwehrt wurde. Auch in Deutschland geht der Kampf gegen den §218, der Schwangerschaftsabbrüche weiter kriminalisiert, weiter. Dieser hat zur Folge, dass viele Ärzt*innen den Abbruch nicht durchführen und Schwangerschaftsabbrüche nicht zum Curriculum eines Medizinstudiums gehören dürfen. Abbrüche werden zudem nicht als Gesundheitsleistung von den Krankenkassen übernommen und das, obwohl die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt, Abbrüche nicht zu kriminalisieren und auch keine Wartezeiten vor dem Eingriff festzulegen. Eine emanzipatorische Praxis bedeutet auch ein kritischer Umgang mit der eigenen Bewegung. Wie auch in anderen feministischen Kämpfen wird das Thema Schwangerschaftsabbruch intersektional betrachtet, das heißt die weiße, westliche und bürgerliche Perspektive der Pro-Choice-Bewegung, die viele Ausschlüsse produziert hat, wird reflektiert. Eine längst überfällige Entwicklung. So kritisierte bereits in den 1970er Jahren die Aktivistin Angela Davis in den Vereinigten Staaten, dass die Kampagnen zum Abtreibungsrecht Black Women und Women of Color ausschließt.¹¹ Für die feministische Bewegung in Deutschland und weltweit gibt es im Sinne reproduktiver Gerechtigkeit noch viele Dinge zu bewegen.

01 Vgl. Gerhard, Ute (2018). Frauenbewegung Und Feminismus. Eine Geschichte Seit 1789, München, C.H.Beck, S. 19.

02 Digitales Deutsches Frauenarchiv (2021). Verwobene Geschichte: DDF-Dossier zu 150 Jahren §218. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/blog/verwobene-geschichte-ddf-dossier-zu-150-jahren-ss-218> (abgerufen am 23.11.2022).

03 Frauenforderungen zur Strafrechts-Reform. Kritik und Reformvorschläge nach den Beschlüssen der Rechtskommission des Bundes deutscher Frauenvereine, zusammengestellt und bearbeitet von Julie Eichholz, Mannheim 1908. Wiederabgedruckt in: Meder, Stephan/ Duncker, Arne/ Czelk, Andrea (Hrsg.) (2010). Die Rechtsstellung der Frau um 1900. Eine kommentierte Quellensammlung, Köln/Weimar/Wien, S. 333-356, hier S. 347-348, hier S. 336 zitiert nach: Schaser, Angelika (2021): Das Recht auf Mitbestimmung, in: Digitales Deutsches Frauenarchiv. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/218-und-die-frauenbewegung/das-recht-auf-mitbestimmung> (abgerufen am 17.12.2022).

04 Röwekamp, Marion (2021). Camilla Jellinek. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/218-und-die-frauenbewegung/camilla-jellinek> (abgerufen am 23.11.2022).

05 Von Behren, Dirk (2019). Kurze Geschichte des Paragraphen 218 Strafgesetzbuch. In: APuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte. URL: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/290795/kurze-geschichte-des-paragraphen-218-strafgesetzbuch/> (abgerufen am 23.11.2022).

06 Vgl. ebd.

07 Brüntrup, Marcel (2021). Abtreibungen an Zwangarbeiterinnen im Nationalsozialismus. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/218-und-die-frauenbewegung/abtreibungen-an-zwangsarbeiterinnen-im-nationalsozialismus> (abgerufen am 23.11.2022).

08 Bock, Jessica (2021). Die Aktion 218 Dortmund. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/218-und-die-frauenbewegung/die-aktion-218> (abgerufen am 23.11.2022).

09 Bock, Jessica (2021). Schwangerschaftsabbruch in der SBZ/DDR. In: Digitales Deutsches Frauenarchiv. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/218-und-die-frauenbewegung/schwangerschaftsabbruch-in-der-sbz-ddr> (abgerufen am 23.11.2022).

10 Balke Estremadoyro, Sabine (2021). Mit vereinten Kräften. URL: <https://www.digitales-deutsches-frauenarchiv.de/angebote/dossiers/30-jahre-geteilter-feminismus/mit-vereinten-kraeften>, (abgerufen am 23.11.2022).

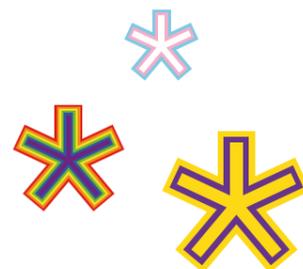
11 Davis, Angela Y. (2019 [1981]). Woman, Race & Class. London: Penguin Books, S. 182 ff.

KAMPF GEGEN DEN §175 Ein weiterer Paragraph aus der Kaiserzeit, der bis weit in die Zeit der Bundesrepublik hinein Bestand hatte, war der §175. Dieser stellte ab 1870/71 homosexuelle Handlungen zwischen Männern unter Strafe. Diese Gesetzgebung geht ebenfalls auf tief in die Gesellschaft eingelassene Vorstellungen zurück. Im Mittelalter - so eine Studie von Ruth Mezo Karras, die von der Politikwissenschaftlerin Antje Schrupp rezipiert wird - bildete der erigierte Penis das Zentrum der Sexualität, während alle anderen Formen der Lust(-befriedigung) nicht als Teil von Sexualität verstanden wurden.⁰¹ Im Mittelalter galten daher sexuelle Handlungen zwischen Frauen nicht als sündhaft und Männer, die andere Männer penetrieren, nicht sündhafter als Ehebrecher. Männer, die sich penetrieren ließen, wurden jedoch um ein vielfaches härter bestraft, da sie die zugewiesenen Geschlechterrollen durch ihre sexuelle Handlung verdrehten.⁰² Die heterosexuelle Matrix, Vorstellungen von Sexualität, Aktivität und Passivität spannen sich so über beide Paragraphen, sowohl den §218 also auch §175. Die Kämpfe gegen diese beiden Paragraphen sind so inhaltlich miteinander verbunden. Während der §218 in Teilen reformiert wurde, blieb der §175 in der Bundesrepublik in seiner verschärfte Form bis 1969 unverändert. Bis dahin wurden etwa 50.000 Männer aufgrund des Paragraphen verurteilt. Gestrichen wurde er aber bis in das Jahr 1994 nicht, denn er beinhaltete das erhöhte Schutzalter für sexuelle Handlungen zwischen (cis) Männern und das Verbot homosexueller Sexarbeit. Erst mit der Wende kam der Paragraph, ähnlich wie der §218, wieder auf den Prüfstand und wurde endlich ersatzlos gestrichen. Vorangegangen sind dem viele Demonstrationen. Im Oktober 1990 fand etwa in Berlin eine große Demonstration mit 6000 Menschen statt unter dem Motto „§ 175 – Hau weg den Scheiß.“⁰³ Auch nach der Streichung ist der Kampf noch weitergegangen, denn es begann der Kampf um Entschädigungsansprüche für Verurteilte des Paragraphen. Im Jahr 2017 verabschiedete der Deutsche Bundestag ein Gesetz, in dem die Urteile nach §175 aufgehoben wurden.

01 Schrupp, Antje (2019). Schwanger werden können. Essay über Körper, Geschlecht und Politik. Sulzbach: Ulrike Helmer Verlag, S. 55.

02 Vgl. ebd.

03 LSVD (o. J.). Paragraph 175 StGB: Verbot von Homosexualität in Deutschland. URL: <https://www.lsvd.de/de/ct/1022-Paragraph-175-StGB-Verbot-von-Homosexualitaet-in-Deutschland> (abgerufen am 17.12.2022).





„Gerade, wenn Akzeptanz gegenüber diesem Thema noch nicht gegeben ist, zielt unsere Arbeit also letztlich auf eine Einstellungsänderung der adressierten Person ab.“

Was versteht ihr unter Akzeptanzarbeit?

Akzeptanzarbeit bedeutet für uns, dass wir bei unserer Zielgruppe Akzeptanz für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt erzeugen, bzw. bereits vorhandene Akzeptanz stärken und daraus abgeleitet, die Personen als Multiplikator*innen gewinnen, die ihrerseits als Verbündete für das Thema auftreten. Akzeptanz ist hier in Abgrenzung zu Toleranz zu verstehen. Letzteres bedeutet ja eher Duldung und Aushalten, während Akzeptanz für uns ein wirkliches Annehmen und ggf. auch Verstehen-Wollen des Gegenübers bedeutet. Gerade, wenn Akzeptanz gegenüber diesem Thema noch nicht gegeben ist, zielt unsere Arbeit also letztlich auf eine Einstellungsänderung der adressierten Person ab (Persuasion). Dabei versuchen wir möglichst viele Erfolgsfaktoren, die wissenschaftlich als hilfreich in der Persuasion identifiziert wurden, zum Einsatz zu bringen, wie z.B. Perspektivwechsel und Empathiebildung, aber auch eher prozesshafte Attribute, wie Darreichungsform der Inhalte, Glaubwürdigkeit und Reputation der Referent*innen etc.

Was bietet ihr wem an Angeboten an?

Wir sind originär ein Jugendprojekt und arbeiten dafür, die Lebenssituation von jungen (14-26 Jahre) lgbtiq+ Jugendlichen in Hamburg zu verbessern. Dafür bieten wir dieser Gruppe keine direkten Angebote an, sondern versuchen die Sensibilität für das Thema geschlechtliche und sexuelle Vielfalt im gesellschaftlichen Querschnitt zu erhöhen, insbesondere in den Lebensbereichen, in denen sich junge Menschen bewegen. Daher adressieren wir haupt- und ehrenamtlich tätige Menschen, die mit jungen Menschen zwischen 14 und 26 Jahren zu tun haben. Dies können Sozial- und Bildungseinrichtungen, (Sport-)Vereine, öffentliche Verwaltung oder auch Unternehmen sein, um nur einige zu nennen. Wir arbeiten viel mit Öffentlichkeitsarbeit, um überhaupt das Bewusstsein unserer Zielgruppe auf das Thema zu lenken, versuchen Netzwerke zu etablieren, um konkrete Kontakte in Organisationen zu bekommen, die potenziell in unsere Zielgruppe fallen und dort bieten wir den Personen vor Ort verschiedene Qualifizierungsformate zum Thema geschlechtliche und sexuelle Vielfalt an. Dies umfasst verschieden umfangreiche Workshops, Impulsvorträge, Fachtage, Seminare etc.

Wie erklärt ihr den Widerspruch zwischen einerseits so rechts-dominierten Diskursen, wie das „Maus-Gate“ auf der einen Seite und erfolgreichen Shows wie „Queer Eye“ auf der anderen Seite?

Zum einen lässt sich das unserer Meinung nach dadurch erklären, dass hier unterschiedliche gesellschaftliche und moralische Perspektiven zu Wort kommen und sichtbar werden, die ohne Weiteres in einer heterogenen Gesellschaft nebeneinander existieren können. Zum anderen transportieren das angesprochene Format „Sendung mit der Maus“ und Sendungen wie „Queer Eye“ unterschiedliche Botschaften und adressieren vor allem auch unterschiedliche Zielgruppen. „Queer Eye“ adressiert ein eher erwachsenes Publikum, mutmaßlich sowieso eher linksliberal eingestellt. Aber selbst, wenn nicht, dann wird auch einem konservativeren Publikum die latente Botschaft gesendet, dass hier ein Stück weit eine „Minderheitenperspektive“ dargestellt wird, die sich aus einer Expertise aus biografischem Gewordensein in einer herausfordernden Umwelt speist, und somit die innere Abgrenzung des Publikums gegenüber dieser Gruppe ermöglicht. Ebenso wird evtl. sogar das Konformitätsstreben der Protagonist*innen, welches durch Formate wie „Queer Eye“ protegiert wird, gutgeheißen. Bei Formaten wie bspw. „RPDR“ wird ebenso die innere Abgrenzung dadurch aufrechterhalten, dass die dort auftretenden Personen häufig ohnehin als „die schrillen Anderen“ dargestellt werden. Demgegenüber adressiert die „Sendung mit der Maus“ Kinder und das auch deutlich unabhängiger von der politischen und/oder moralischen Einstellung der Eltern. Bei diesen spielen dann häufig Affekte eine Rolle, die Angst haben, die Kinder würden durch lgbtiq+ Inhalte „indoktriniert“, „frühsexualisiert“ oder die Inhalte werden schlicht als nicht altersangemessen wahrgenommen. Hinzu kommt, dass der angesprochene Beitrag bei der „Sendung mit der Maus“ bestrebt ist, dem kindlichen Publikum das Thema als etwas Alltägliches und ganz Normales zu präsentieren und ihm damit das Fremdartige zu nehmen. Dies steht unserer Meinung nach dem Abgrenzungsbedürfnis der Personen gegenüber, die der Meinung sind, man müsse Kinder von solchen Inhalten fernhalten.

Wie geht ihr als Fachstelle mit queerfeindlichen Angriffen um? Von wem kommen solche Angriffe?
Richten sich solche Angriffe auch gegen euch als Fachstelle?

Wir als Fachstelle sind so gut wie nie Ziel von queerfeindlicher Gewalt. Da unsere Zielgruppe häufig endo-cisgeschlechtliche, heterosexuelle Menschen sind, ist das Thema für uns nicht so präsent im unmittelbaren Kontakt mit der Zielgruppe.
Uns begegnet es in Form von anlassbezogener Motivation von Organisationen, die ihre Mitarbeitenden fortbilden lassen wollen. Ein Beispiel wären Lehrkräfte an Schulen, an denen ein Coming-out von Igbtiq+ Personen stattgefunden hat, welches nicht gut läuft. Hier stärken wir die Handlungskompetenz unserer Zielgruppe. Wenn sich unmittelbar von Gewalt betroffene Personen an uns wenden, verweisen wir sie an die jeweiligen Stellen weiter und stellen sicher, dass sie dort niedrigschwellig andocken können. Die Angriffe kommen von Personengruppen, die eine ablehnende Einstellung gegenüber geschlechtlicher und sexueller Vielfalt haben, die so stark ist, dass sie entsprechenden Akzeptanz- und Gleichstellungsbestrebungen in der Gesellschaft aktiv entgegengetreten. Die Motivationen dafür können sehr vielfältig sein.

Könnt ihr uns aus eurer Praxis ein Beispiel für eine „Best Practise“ geben?

Unsere Qualifizierungsangebote werden deshalb in den überwiegenden Fällen als sehr hilfreich, zielführend und angenehm wahrgenommen, weil wir die Teilnehmenden ermutigen, in einen offenen und authentischen Austausch mit uns zu gehen. Dies beinhaltet auch kritische und ablehnende Standpunkte zu kommunizieren. Ganz im Sinne erfolgsversprechender Persuasion, versuchen wir möglichst wenig moralisierend zu arbeiten und stattdessen persönliche, teils alltägliche Anknüpfungspunkte im Leben der Teilnehmenden zu finden und bewusst zugänglich machen. Dieser Perspektivwechsel und die daraus angestoßene Empathiebildung helfen häufig, um ein (beginnendes) Umdenken bei eher Igbtiq+-kritischen Menschen zu erreichen. Hinzu kommt, dass wir auf eine kurzweilige Formatgestaltung Wert legen und auch Humor eingesetzt wird und erlaubt ist - natürlich innerhalb der Grenzen eines respektvollen Miteinanders.

Die Autor*innen sind Teil des **femPI-Netzwerkes** (feministische Perspektiven gegen die (extreme) Rechte).

Das femPI-Netzwerk (feministische Perspektiven gegen die (extreme) Rechte) ist ein Netzwerk aus FLINTA*. Seine Mitglieder arbeiten aus verschiedenen Hintergründen (aktivistisch, wissenschaftlich, recherchierend ...) zu den Themen Geschlecht, (extreme sowie religiöse) Rechte sowie Antifeminismus.

REBEKKA BLUM ist Soziologin und arbeitet als Forscherin, politische Bildnerin und Lehrbeauftragte zu Antifeminismus, extreme Rechte und Verschwörungserzählungen. Aktuell promoviert sie zu Antifeminismus in Westdeutschland zwischen 1945 und 1990.

JENNIFER DEGNER-MANTOAN ist Sozialwissenschaftler*in und promoviert zur deutschen Männerrechtsbewegung und Antifeminismus als Brückenideologie. Darüber hinaus ist Jennifer politische*r Bildner*in im Bereich der Rechtsextremismusprävention und Demokratieförderung.

TANJA GÄBELEIN ist Politikwissenschaftlerin und freie Referentin in Berlin. Sie arbeitet insbesondere zu Antifeminismus sowie zu queerer Geschichte und Gegenwart.

VIKTORIA RÖSCH ist Soziologin und forscht an der Schnittstelle von rechter Ideologie und Medienwandel. Schwerpunktmäßig arbeitet sie zu medialen Praktiken neurechter Influencerinnen.

Unsere Interviewpartner*innen **VANESSA LAMM** und **MARKUS HOPPE** sind Mitarbeitende der Fachstelle *Queere Vernetzung*

www.queere-vernetzung.de



LSBTIQ* zum Thema machen!

Um Vorurteilen, Ressentiments und damit verknüpften Ideologien entgegenzuwirken, sind Aufklärung und Sichtbarmachung enorm wichtig. Feministische und queere Themen sollten einen Raum im Organisationsalltag haben und allgemein verständlich erklärt werden. Dies kann durch proaktive Gesprächsangebote und offene, fehlerfreundliche Räume geschaffen werden.

Themen rund um (Queer-)Feminismus sind nicht immer leicht zu verstehen, betreffen jedoch in der Regel die Identität und Alltagserfahrungen junger Menschen. Daher ist es einerseits wichtig, sichere Räume für queere Jugendliche zu schaffen, andererseits einen Raum zum Lernen über queere Themen zu schaffen, in dem Unsicherheiten und Fragen besprochen werden können. Dabei ist wichtig, auch mit kritischen Jugendlichen offen umzugehen. Nicht jede Kritik ist gleich antifeministisch und nicht jede Person, die sich zunächst antifeministisch äußert, ist überzeugte*r Antifeminist*in. In der Auseinandersetzung mit diskriminierenden und antifeministischen Äußerungen ist es jedoch immer wichtig, dass die Bedürfnisse queerer Jugendlicher im Vordergrund stehen und diskriminierendes Verhalten unterbunden wird.

Darüber hinaus kann sich eine Organisation ein (queer-)feministisches Selbstverständnis setzen und damit sowohl in der Außendarstellung als auch in den eigenen Strukturen einen Raum zur Auseinandersetzung schaffen.

Vorbereitung ist die halbe Miete!

Eine gute Vorbereitung kann Sicherheit im Umgang mit antifeministischen und anderen diskriminierenden Vorfällen geben und einer Eskalation vorbeugen. So sollte bei einer öffentlichen Veranstaltung recherchiert werden, wer eingeladen wird. Dazu kann bereits im Vorfeld nach kritischen Veröffentlichungen und Äußerungen recherchiert und öffentliche Profile gescreent werden (am besten von Menschen, die nicht von antifeministischer und queerfeindlicher Agitation betroffen sind). Ebenso kann die Moderation darin geschult werden, diskriminierenden Äußerungen keinen Raum zu geben und eigene Statements zu setzen, die eine klare Positionierung enthalten. Sollte eine Diskussion auf Basis demokratischer Werte nicht mehr möglich sein, kann auch vom Hausrecht Gebrauch gemacht und Täter*innen ausgeschlossen werden. Bei der Vorbereitung im Vorfeld können auch (mobile) Beratungsangebote gegen Rechts-Extremismus und Rassismus unterstützen.

Aktiv werden!

Nehme ich diskriminierendes Verhalten wahr, ist es meine Pflicht einzuschreiten. Das kann sehr unterschiedlich aussehen. So kann ich zunächst auf eine Diskriminierung aufmerksam machen, diese skandalisieren und eine Gegenzählung unterbreiten - also eine Öffentlichkeit für das Thema schaffen. Neben aktiver Gegenrede ist es auch wichtig, die Betroffenen zu schützen und klare Grenzen zu ziehen. Abwertende und diskriminierende Äußerungen sollten als solche benannt und als unerwünscht markiert werden.

Nicht nur auf Veranstaltungen, auch auf öffentlichen Social Media-Kanälen können Menschen, die sich nicht an die Netiquette halten, geblockt und diskriminierende Kommentare gelöscht werden. Ebenso kann es ratsam sein, sich juristische Unterstützung zu suchen (zum Beispiel bei Organisationen wie Hate Aid oder der Amadeu-Antonio-Stiftung). Hierzu ist es wichtig, Vorfälle zu dokumentieren, d.h. im Onlineraum Screenshots anzufertigen, im „realen Leben“ Gedächtnisprotokolle zu schreiben.

Nicht zuletzt ist es wichtig, das Gespräch zu suchen, sich im eigenen Umfeld auszutauschen und Räume zur Vernetzung zu schaffen. Zum Beispiel lässt sich ein regelmäßiger „Hate Slam“ ausrichten, bei dem die eigenen Erfahrungen auf kreative Weise verarbeitet und mit anderen geteilt werden können.

Verbündete suchen!

Grundsätzlich ist es immer sinnvoll, sich Verbündete zu suchen. Zum Beispiel kann ich mich als Institution mit anderen Organisationen vernetzen und (kollegial) austauschen, eine Veranstaltung zum Thema organisieren oder auch einfach Material von einer Fachberatungsstelle auslegen. So kann Awareness geschaffen und Kolleg*innen sensibilisiert werden. Auch eine Beratung, interne Fortbildung oder ein gemeinsam besuchtes Argumentationstraining können eine Sensibilisierung und höhere Handlungssicherheit schaffen und dabei helfen, eigene Strukturen im Umgang mit Antifeminismus und anderen menschenfeindlichen Ideologien aufzubauen.

Das Thema sollte regelmäßig und unabhängig von negativen Vorfällen besprochen werden, um einen kontinuierlichen und informierten Austausch zu sichern.

ANALYTISCHE BEGRIFFE

cis + trans: Während trans beschreibt, dass das bei der Geburt zugeschriebene Geschlecht nicht mit dem tatsächlichen Geschlecht einer Person übereinstimmt, beschreibt cis, dass eine Person sich mit dem ihr von Geburt an zugeschriebenem Geschlecht wohl fühlt und dieses ausleben mag.

endo + inter: Als intergeschlechtlich werden Personen bezeichnet, deren biologische Geschlechtsmerkmale nicht eindeutig einem Geschlecht zuzuordnen sind. Der Begriff „endogeschlechtlich“ dagegen beschreibt Menschen, deren Körper sich nach medizinischen Normen eindeutig als weiblich oder männlich einordnen lässt.

sex + gender: Das bereits in den 1980ern etablierte Gender-Konzept geht im Wesentlichen davon aus, dass es neben dem biologischen Geschlecht (engl.: sex) auch ein soziales Geschlecht (engl.: gender) gibt. Geschlecht (bzw. Gender) wird damit zu einem Spektrum: Neben „männlich“ und „weiblich“ gibt es verschiedene Geschlechtsidentitäten, die zwischen den Polen männlich und weiblich oder auch ganz außerhalb dessen verortet werden können oder auch im Laufe des Lebens variabel sind. Anders als es den Gender Studies von antifeministischer Seite häufig vorgeworfen wird, gilt Geschlecht dabei nicht als willkürlich und frei wählbar. Vielmehr formt es sich im Rahmen biologischer, sozio-kultureller und historischer Bedingungen aus.

Postfeminismus: Während Postfeminismus in Teilen feministischer Bewegungen als eigenständige Strömung eines zunehmend neoliberalisierten Feminismus verstanden wird, wird der Begriff hier kritisch als Teil eines antifeministischen Rückschlags eingeordnet. Mit Postfeminismus wird die These verbunden, Gleichstellung sei in heutigen, westlichen Gesellschaften bereits erreicht. In Verknüpfung mit neoliberalen Thesen über das unternehmerische Selbst, werden strukturelle Ungleichheiten ausgeblendet und Diskriminierung individualisiert. Gleichstellungsbemühungen werden damit als unnötig abgetan oder sogar zur Männerdiskriminierung umgedeutet.

Sexismus: Nach Imke Schmincke kann Sexismus - ähnlich wie Rassismus - als „erstens, in den Köpfen Einzelner verankertes Muster und damit als Einstellung und Vorurteil, zweitens, Handlungen Einzelner und drittens, überindividuelles Muster, als Ideologie, Diskurs oder Deutungsmuster verstanden werden“. ⁰¹ Sexistisches Verhalten kann also Ausdruck einer individuellen Einstellung wie auch gesellschaftlicher Normen und Werte sein und verschiedene Formen annehmen.

LGBTQIA*: Abkürzung für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Queer, Intersexual und Agender. Der Asterisk ist aus der Mathematik entnommen und dient als Platzhalter für alle weiteren Geschlechter und Sexualitäten, die nicht der cis-hetero-Norm entsprechen.

Heteronormativität: Heteronormativität beschreibt zwei gesellschaftliche Normen in einem: Einerseits beschreibt der Begriff Heterosexualität als gesellschaftliche Norm, die andererseits nur auf der Annahme beruhen kann, dass es lediglich zwei Geschlechter - männlich und weiblich - gibt.

Femizid: Der Begriff „Femizid“ oder auch „Feminizid“ bezeichnet Morde an Frauen aufgrund ihres Geschlechtes. Ursprünglich entwickelt wurde er in Mexiko in der Kampagne „NiUnaMenos“, zu deutsch: „KeineMehr“. Der feministische Aktivismus gegen Femizide unter dem Schlagwort „NiUnaMenos“ ist seit einigen Jahren in vielen Ländern Lateinamerikas weit verbreitet. Auch in Deutschland zeigen sich erste Initiativen, die die Nutzung verharmlosender Begriffe wie „Familientragödie“ oder „Partnerschaftsgewalt“ ablehnen und für die klare Benennung als Frauenmorde eintreten.

Familismus: Im Familismus ist nicht der einzelne Mensch, sondern die Familie - zumeist verstanden als heterosexuelle Mehrkinderfamilie - die kleinste und zentrale Einheit der Gesellschaft. Familien sollen demgemäß als in sich homogene Akteur*innen handeln und adressiert werden. Abweichungen oder die Bedürfnisse des*der Einzelnen werden nicht geduldet. ⁰²

Dominanzgesellschaft: Der Begriff der Dominanzgesellschaft geht zurück auf Birgit Rommelspacher. ⁰³ Damit wird eine Gesellschaftsformation beschrieben, die auf Über- und Unterordnung basiert. Die damit einhergehende Kategorisierung von Menschen orientiert sich an gesellschaftlichen Normen und sanktioniert Abweichungen. Eng verknüpft ist damit die Abwertung von Anderen, die auf überidealisierten Eigenbildern beruht und diese gleichzeitig immer wieder aufs Neue schafft.

Ethnosexismus: Ethnosexismus bezeichnet die Kulturalisierung von Geschlecht, Sexualität und Verhalten. Dabei wird rassifizierten Personen eine „rückständige“ Sexualität und Sexualordnung sowie eine besondere Triebhaftigkeit zugeschrieben. Sexismus und sexualisierte Gewalt werden somit auf rassifizierte Personen und „andere“ Kulturen projiziert, während der Sexismus der Dominanzgesellschaft ausgeblendet wird. ⁰⁴

Femonationalismus: Femonationalismus bezeichnet die gezielte Nutzung feministischer Themen, um nationalistische und rassistische Politiken zu begründen. So wird bspw. sexualisierte Gewalt gegen Mädchen und Frauen zum Thema gemacht, um gegen rassifizierte Minderheiten zu hetzen und für nationale Grenzen mobil zu machen (vgl. Ethnosexismus).⁰⁵

Intersektionalität: Die Theorie der Intersektionalität wurde von Schwarzen Feministinnen in den USA entwickelt. Sie beschreibt das Zusammenwirken verschiedener diskriminierender Strukturen, die nicht additiv wirken, sondern je nach Positionierung spezifische Formen der Diskriminierung hervorbringen. Eine Schwarze lesbische Frau wird dementsprechend nicht als Schwarze Person, als Frau und als Lesbe diskriminiert, sondern erfährt eine verwobene, eigenständige Form der Diskriminierung als Schwarze lesbische Frau.

ANTIFEMINISTISCHE KAMPFBEGRIFFE

Dekadenz: Im antifeministischen Kontext wird der Ausdruck Dekadenz oftmals synonym verwendet mit den Ausdrücken Degeneration, Verfall, Entartung und Auflösung. Eine starke Männlichkeit wird dabei zum Gegenpol der (als weiblich konnotierten) Dekadenz. „Diese Gegenpole von männlichem Aufstieg und weiblichem Niedergang finden sich auch im Narrativ vom Niedergang der Nation.“⁰⁶

Kulturmarxismus: Der Ausdruck Kulturmarxismus entstand im Laufe der 1990er Jahre im US-amerikanischen Kontext. Er bezeichnet „eine Verschwörung zur Unterwanderung wahlweise der christlichen Religion bzw. der ‚westlichen Kultur‘ zur Auflösung nationaler Grenzen, zur Abschaffung der Ehe und von Geschlechtern, oder zur Gründung einer multikulturellen Gesellschaft.“⁰⁷

01 Schmincke, Imke (2018). Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antigenderismus. In: *ApuZ. Aus Politik und Zeitgeschichte*. URL: https://www.bpb.de/system/files/dokument_pdf/APuZ_2018-17-online.pdf (abgerufen am 19.12.2022).

02 Eine Einführung in das Thema bietet Notz, Giesela (2015). *Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes*, Stuttgart: Schmetterlings-Verlag.

03 Vgl. Rommelspacher, Birgit (1995). *Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht*. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

04 Dietze, Gabriele (2016). Ethnosexismus. Sex-Mob-Narrative um die Kölner Sylvesternacht. In: *Movements. Journal for Critical Migration and Border Regime Studies* 2: 1.

05 Farris, Sara R. (2017). *In the name of women's rights. The rise of femonationalism*. London: Duke University Press.

06 Kemper, Andreas (2022). Dekadenz. URL: <https://www.diskursatlas.de/index.php?title=Dekadenz> (abgerufen am 19.12.2022).

07 Kemper, Andreas (2022). Kulturmarxismus. URL: <https://www.diskursatlas.de/index.php?title=Kulturmarxismus> (abgerufen am 19.12.2022).

AK FE.IN (2019). *Frauen*Rechte und Frauen*Hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt*, Berlin: Verbrecher-Verlag.

Beck, Dorothee/Gesterkamp, Thomas/Kemper, Andreas/Stiegler, Barbara/von Barga, Henning (2021). *Antifeminismus auf dem Weg durch die Institutionen. Strategien und maskulistische Netzwerke*, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung, URL: https://www.boell.de/sites/default/files/2022-01/Boell_E-Paper_Antifeminismus_Endf_V01_kommentierbar.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

Billmann, Lucie (Hrsg.) (2015). *Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan 2015 in Baden-Württemberg*, Rosa-Luxemburg-Stiftung, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Materialien/Materialien8_Unheilige_Allianz.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

Birsl, Ursula/Henninger, Annette (Hrsg.) (2020). *Antifeminismen: „Krisen“-Diskurse mit gesellschaftsspaltendem Potential?*. Bielefeld: Transcript.

Blum, Rebekka (2019). *Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus*. Hamburg: Marta Press.

Datta, Neil (2021): *Die Spitze des Eisbergs: Religiös-extremistische Geldgeber gegen Menschenrechte auf Sexualität und reproduktive Gesundheit in Europa 2009 – 2018*, Brüssel: Europäisches Parlamentarisches Forum für sexuelle und reproduktive Rechte, URL: https://ega.or.at/wp-content/uploads/2022/02/EPF_EN_TOTI_9SEP-DEF_-DEU_FINAL_h.pdf (abgerufen am 17.12.2022).

Farris, Sara R. (2017). *In the name of women's rights. The rise of femonationalism*. London: Duke University Press.

Goetz, Anja (2016). Feminismus von rechts? – Eine unbehagliche Frage. In: *femina politica* 25 (2), S. 129–137.

Haas, Julia (2020). „Anständige Mädchen“ und „selbstbewusste Rebellinnen“. *Aktuelle Selbstbilder identitärer Frauen*. Hamburg: Marta-Press.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (Hg.) (2017). *Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen*. Bielefeld: Transcript.

Hark, Sabine/Villa, Paula-Irene (2018). *Unterscheiden und herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*, 2. Aufl. Bielefeld: Transcript.

Kaiser, Susanne (2020). *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilisieren*. Berlin: Suhrkamp.

Kracher, Veronika (2020). *Incels. Geschichte, Sprache und Ideologie eines Online-Kults*. 1. Aufl. Mainz: Ventil Verlag.

Lang, Juliana/Peters, Ulrich (Hrsg.) (2018). *Antifeminismus in Bewegung*. Hamburg: Marta-Press.

Rösch, Viktoria (2022). *Ressentimentale Politik. Rekonstruktion medialer Gefühlsarbeit (neu-)rechter Frauen*. In: *Soziale Sinn* 23 (1), S. 73–104.

Sanders, Eike/Achtelik, Kirsten/Jentsch, Ulli (2018). *Kulturkampf und Gewissen. Medizinethische Strategien der ‚Lebensschutz‘-Bewegung*, Berlin: Verbrecher-Verlag.

Support in Hamburg



„Das Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung ist ein breites Bündnis aus Beratungsstellen, mehr als 40 verschiedenen feministischen und allgemeinpolitischen Gruppen, Verbänden, Netzwerken, Gewerkschaften und Parteien sowie Einzelpersonen.“



LINK: www.sexuelle-selbstbestimmung.de



„Verbund der Hamburger Frauen- und Mädcheneinrichtungen“



LINK: www.profem.de



„Ein Verein, ein Netzwerk, ein gemeinschaftliches Label, ein Anlass, ein Ort an vielen Orten für Frauen/FLTI*s (FrauenLesbenTransIntersex*)“



LINK: <https://femrep.org>

Surftips



LINK: www.gwi-boell.de/de/antifeminismus-begegnen-demokratie-staerken



LINK: www.meintestgelaende.de



LINK: <https://genderdings.de>



LINK: www.wuppertaler-initiative.de/spotlight

Die Institutionen unserer Interviewpartner*innen



„Das Familienplanungszentrum (FPZ) besteht seit 1982 und ist ein parteipolitisch und konfessionell unabhängiger, gemeinnütziger Verein. Das FPZ ist korporatives Mitglied der AWO und Kooperationspartner der pro familia. Beide Verbände sind im Vorstand vertreten. Auch inhaltlich besteht eine Zusammenarbeit. Im Familienplanungszentrum ist jeder willkommen - unabhängig von Nationalität, Geschlecht oder sexueller Orientierung, mit und ohne Behinderung. Wir wenden uns an Besucherinnen und Besucher jeden Alters und jeder sozialen Schicht, an Einzelpersonen ebenso wie an Gruppen.“

LINK: <https://www.familienplanungszentrum.de>



„Die Queere Vernetzung ist eine Fachstelle für Akzeptanzarbeit in Bezug auf geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in Hamburg. Unser Auftrag ist es die Lebenssituation von jungen lesbischen, schwulen, bi-, trans*-und intersuellen* Menschen (LSBTI*) zu verbessern.“

LINK: www.queere-vernetzung.de



„Pro Choice Deutschland e.V. ist ein Verein, der sich für die körperliche Selbstbestimmung einsetzt. Der Zweck des Vereins ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Dazu gehört aus unserer Sicht die vollständige Abschaffung des Paragraphen 219a.“

LINK: <https://pro-choice.de>



„Wir agieren seit 2008 als Koordinierungsstelle des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus in Hamburg (BNW) – und weil das so lang ist, sind wir jetzt: Vernetzt gegen Rechts. Wir koordinieren, bündeln und vernetzen Hamburger Institutionen, die sich gegen Rechtsextremismus und rechte Einstellungen engagieren. Wir tragen dazu bei, dass dieses Engagement und die hiesigen Angebote dazu sichtbar sind. Außerdem informieren wir zu den Themenfeldern Rechtsextremismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Verschwörungserzählungen.“

LINK: <https://vernetztgegenrechts.hamburg>



„Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen (LSBTI) erfahren nach wie vor Diskriminierung in unterschiedlichen Lebensbereichen. Und auch der Weg zu geschlechtergerechten Zugängen ist noch weit. Ob Lohnunterschiede, Ungleichbehandlung am Arbeitsplatz, Diskriminierung bei der Vergabe von Stellen oder Wohnungen, Beleidigungen oder Übergriffe auf der Straße – qualifizierte und unabhängige Antidiskriminierungsberatung des Projekts read bietet einen Ort, um Diskriminierung zu melden.“

LINK: <http://adb-hamburg.de/read/>

Impressum:

Herausgeber*innen:
Rebekka Blum, Jennifer Degner-Mantoan, Tanja Gäbelein,
Fabian Kaufman & Viktoria Rösch

ViSdP, Redaktion & Interviews:
Fabian Kaufmann
info@bildungsarbeit.org

Lektorat:
Fabian de Hair

Gestaltung & Satz:
Janusz Beck www.januszbeck.com

Erscheinungsjahr 2022

Stand der Informationen:
Dezember 2022

Urheberrechtliche Hinweise:
Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Das Urheberrecht bleibt bei den Autor*innen und Herausgeber*innen. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung gestattet. Zusätzlich muss die Quelle korrekt angegeben werden.

Haftungsausschluss:
Die Hinweise in dieser Publikation wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Diese Handreichung ersetzt keine individuelle (juristische) Beratung. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen wird keine Gewähr übernommen.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Sozialbehörde Hamburg dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen und Herausgeber*innen die Verantwortung.

Ein Projekt von:



Gefördert durch:



